

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Aboenmentspreis pro Monat inkl. Bringerlob 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlob 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Beleseugel.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die besetzte Zeitung oder deren Raum mit 25 Pf. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer steht 9 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftstage 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Zur Ministerkrise.

* Leipzig, 10. Februar.

In der bürgerlichen Presse fakultiert man, daß das Ministerium Weißsch die Geschäfte weiterführen und nur der Finanzminister v. Watzdorf aus dem Amt scheiden werde. Der Konflikt würde also den Ausgang nehmen, den die Hofratspartei, die Mehnert und Genossen, gewünscht haben. Dann müßte man sich allerdings fragen, welchen Zweck die fulminante Solidaritätserklärung des gesamten Ministeriums dann eigentlich gehabt hat. Die Herren Mehnert und Genossen wären die unbestrittenen Sieger im Streit und Herr v. Weißsch erschien als der Blamierte. Es ist nicht zu leugnen, daß viel Aussicht besteht, daß die Ministerkrise den angedeuteten Ausgang nehmen wird.

Herr v. Watzdorf würde also auf der Strecke bleiben. Wir weinen dem Finanzminister jedenfalls keine Thräne noch, aber man muß doch sagen, daß der Fall des Ministers mit dem Ende eines Intriguenpiels verfehlte Aehnlichkeit hat. Schon seit Jahren wurde gegen den Finanzminister intrigierte. Was die Reaktionäre in ihren eigenen Organen zu sagen nicht den Mut hatten, das lancierten die Intriganten der Hofratspartei in die Deutsche Tageszeitung. Wie erinnern nur an den Angriff des Oertelblattes im September 1900 auf den Finanzminister. Das Blatt sprach damals von einer Steuerreform, die zu ihrer Durchführung eine Kraft von bedeute der Initiative erfordere. Diese Wendung konnte natürlich gar nicht anders verstanden werden, als daß der gegenwärtige Finanzminister diese Kraft nicht sei. Die Deutsche Tageszeitung bestreit das später. Sie führt wörtlich aus: „Wir haben gegen die Vorson des sächsischen Finanzministers nicht das einzufordern und seine Spur von Interesse daran, ob und wann er aus dem Dienste scheiden werde. Dass die notwendige Finanzreform eine schwere Aufgabe sei, die viel Initiative erfordert, wird auch von nationalliberaler Seite nicht verkannt und nicht geleugnet werden können. Ob der jetzige Herr Finanzminister die notwendige Initiative besitzt, das können wir nicht beurteilen, darüber hat lediglich Se. Maj. der König und er selbst zu befinden. Wir gehen aber noch weiter. Wir würden einen Rücktritt des Finanzministers gerade jetzt aus naheliegenden Gründen für recht bedenklich erachten, und wir verstehen recht wohl, warum der Finanzminister, obwohl er fränklich ist, doch noch im Amt bleibt. Wir verstehen das, angehts der Sachlage nicht nur, sondern wir danken es ihm auch.“

Vielen Glauben verdient diese Sicherung aber nicht. Denn was hatten denn dann die fortwährenden Meldungen, daß der Finanzminister zurücktreten werde, für einen Sinn? Noch kurze Zeit vor dem oben erwähnten Artikel brachte die Deutsche Tageszeitung eine Meldung aus Dresden, daß der Finanzminister noch vor dem Zusammentritt des gegenwärtigen Landtages aus dem Amt scheiden werde. Und

als der Landtag zusammengetreten und der Minister immer noch im Amt war, hieß es, er werde erst nach Schluss des Landtags zurücktreten. Alle diese Presselancierungen ließen jedenfalls den heissen Wunsch erkennen, Herrn v. Watzdorf sobald als möglich als pensionierte Excellence begrüßen zu können. Und wer bisher noch im Zweifel war, daß die Reaktionäre im Landtag für den Finanzminister ungefähr das gerade Gegenteil von Sympathie empfanden, der braucht nur die Vorgänge der letzten Zeit zu betrachten. Nicht nur in der Presse, sondern auch in der Kammer wurde es offen ausgesprochen, daß die Überschreitungen in einer finanziell günstigen Zeit vielleicht Gegenstand herber Kritik gewesen wären, aber sicher nicht zu einem Konflikt geführt hätten. Also nur die ungünstige Finanzlage hat es dahin gebracht, daß der Finanzminister seit langer Zeit nicht mehr den Beifall der Zweiten Kammer besitzt.

Für diese finanzielle Kalamität ist aber der Finanzminister durchaus nicht allein verantwortlich zu machen. Die Gründe zu dem Niedergang unserer Finanzen datieren nicht erst aus der Zeit des Finanzministers v. Watzdorf, sondern haben ihren Ursprung noch in der Zeit des wegen seiner Überschüsse gefeierten Finanzministers v. Könneritz. Die Finanzbearbeitung dieses Ministers mit ihren glänzenden Effekten war auf den Augenblick zugeschnitten und entbehrt jeder vorausschauenden Grundlage. So war die ganze Finanzkalamität bereits im Keime vorhanden, als Herr v. Watzdorf Mitte der 90er Jahre das Finanzministerium übernahm. Und so lange der gegenwärtige Finanzminister im Amt ist, spielt die Frage der Steuerreform und wenn es dem Minister nicht gelingt, ist die Reform zum Abschluß zu bringen und dem Staatssteuersädel neue Steuern zu erschließen, so sind es die Kammern gewesen, die bisher jede Steuerreform unmöglich gemacht haben. Der Fall des Ministers dürfte zur nächsten Folge haben, daß die Finanzreform auch diesmal wieder scheitert und für die nächste Finanzperiode mit Steuerzuflüssen zu rechnen sein wird.

Ist es also unrecht, dem Finanzminister alle Schuld für die finanzielle Lage des Landes zuschieben, so muß man allerdings auch sagen, daß er auch nicht das Ideal eines Finanzministers gewesen ist. Da er seit seinem Amtsantritt wußte, daß die Finanzlage schlecht war, und da er sah, daß sich die Finanzlage von Jahr zu Jahr verschlechterte, so hätte er auch die nötige Energie zeigen sollen und nicht fortwährend vor den Mehnert und Genossen, die naturnägig jeden Finanzminister hassen werden, der ihnen neue Steuern ausfüllt, zurückweichen sollen. Die finanzielle Lage des Landes verlangte neue Steuerquellen, und wenn er solche vom Landtage nicht erhalten konnte, so durfte er sich nicht nur mit der Drohung begnügen, daß er dem Landtage die ganze Verantwortung überlassen werde, sondern er hätte zurücktreten und dem Landtage wirklich die Verantwortung überlassen müssen. Allerdings muß gesagt werden, daß es wie eine Art Flucht ausgesehen haben

würde, wenn er vielleicht gar vor der Eröffnung des Landtags aus dem Amt geschieden wäre. Die Regierung hätte die Vorlegung einer Steuerreform beschlossen und der Finanzminister fühlt sich verpflichtet, die Reform zu vertreten. Wenn wenigstens in der Zweiten Kammer Aufsicht auf Annahme einer mehr oder weniger modifizierten Steuerreform vorhanden war, so ist es sehr bezeichnend, daß dieselbe Kammer aus Fazit gegen den Minister einen Konflikt herausführt, an dem der Minister scheitern mußte. Und dies ist um so kennzeichnender, als nach dem Verständnis der Wortführer in der Zweiten Kammer unter regelmäßigen Verhältnissen der Gegenstand des Konflikts keinen Anlaß zu einem solchen abgegeben haben würde.

Berschwindet Herr v. Watzdorf, so fällt er als ein Opfer der reaktionären Kammerloterie, die mindestens in demselben Maße wie der Finanzminister Schuld hat an der gegenwärtigen unheimlichen finanziellen Situation des Landes. Und ist, wie gesagt, Herr v. Watzdorf als ein Glied des reaktionären deutschen Ministeriums völlig gleichgültig, aber die Gerechtigkeit gebietet es, zu sagen, daß die Zweite Kammer, deren Mitglieder sich jetzt in der Rolle der Gänse des Kapitols, d. h. in der Rolle der Retter der Verfassung gefallen, dem Finanzminister die Verantwortung aufbürdet für Verhältnisse, die sie, die Kammer, gewiß weit mehr verschuldet hat als der Finanzminister. Ein Stück Freiheit aber ist es, wenn die Kammer den wahren Grund ihres Vorgehens gegen den Finanzminister hinter einem Grunde verbirgt, den sie unter gewöhnlichen Verhältnissen selbst nicht als Anlaß zu einem Konflikt betrachtet haben würde. Die Staatsüberschreitungen sind eine Eigentümlichkeit der sächsischen Finanzwirtschaft, die in einem geordneten Staatswesen unehörlich sind und, wenn sie in der Höhe vorkommen, wie es hier tatsächlich geschieht, allerdings das verfassungsmäßige Recht des Landtags in Frage stellen. Über die Zweite Kammer hat ja eingestandenermaßen die Verfassungsfrage nicht aus prächtigsten Gründen angeschnitten, sondern sie hat diese Überschreitungen lediglich als einen guten Grund aufgegriffen, um einen mißliebigen Minister zu stürzen. Es ist also eine sehr verdächtige Liebe, die die Mehnert, Schill und Genossen plötzlich für die Verfassung äußern.

Das Dresdener Journal schreibt zur Ministerkrise:

Nicht die sachliche Kritik der beim sächsischen Eisenbahnbau vorgenommenen Überschreitungen hat die Krise herbeigeführt. Dass eine solche Kritik, und zwar in scharfer und unmisslicher Weise erfolgen würde, konnte und mußte die Regierung erwarten. Sie hat selbst die Hand dazu geboten, daß dem Landtage und damit auch dem Lande volle Aufklärung über die Ursachen der bedauerlichen Mehrkosten zu teil werde. In den letzten Tagen ist der Zweite Kammer das gesamte Aktenmaterial zur Prüfung übergeben worden. Die für die meisten so unerwartet eingetretene Krise wurde daher ganz allein durch die formelle Behandlung, d. h. dadurch veranlaßt, daß die Zweite Kammer darauf bestand, diese Überschreitungen ausdrücklich und unbedingt unter den Gesichtspunkt einer Verfassungsverletzung, eines Verfassungsbruchs

Seuilleton.

Rachezeit verboten.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einzig berechtigte Übersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

Knapsted sah hastig zu dem Freund hinüber.

„Ach ja!“ sagte er ruhig — „mag sein! Du hast vielleicht recht! Ich bin wohl nur zu weichherzig!“

„Ja!“ nickte der Konsul mit einem Hoffnungsschimmer — „weshalb soll man auch —“

„Nein — versteht sich! — Sag' einmal, erinnerst Du Dich Deiner Frau noch?“

„Meiner Frau —“

„Deiner Frau, ja!“

„Was für ein Unfall ist denn das nun, wieder?“ fragte der Konsul und rückte unruhig auf der Bank hin und her.

„Ich frage, ob Du Dich Deiner Frau noch erinnerst?“

„Großer Gott, natürlich erinnere ich mich meiner Frau!“

„Ja, ich meinte nur. — Es sind ja bald zwölf Jahre her, seit sie starb, da dachte ich —“

„Unsinn! Wozu wollen wir denn jetzt darüber reden?“

„Ich entsinne mich ihrer noch sehr wohl.“

Der Konsul riß seine blöden Augen weit auf.

„Dir?“

„Ja, ich habe sie gekannt.“

„Du hast sie gekannt?“

Knapsted nickte.

„Und deshalb habe ich Dich so lieb!“

„Wo hast Du sie gekannt?“

„In der Kronprinzenstraße, Nummer acht, vierter Stock.“

Der Konsul sperrte den Mund weit auf.

„Ja, aber — ja, aber,“ stammelte er — „Da hast Du doch nicht verfehlt?“

„O, ja, zu meiner Zeit! Aber Du hast mir den Rang abgelaufen, Du Schwerenöter!“

„Ich?“

„Ja, Du! — — Das ist ja der Grund, weshalb ich Dich so lieb habe!“

Es war nicht die geringste Erregung bei dem Zöllner zu verspüren. Seine Antworten klangen trocken und düster.

„Albilda — Albilda hat mir nie davon erzählt,“ fuhr Mörch fort — „Albilda —“

„Nein, weshalb sollte sie es auch erzählen? Sie schrieb mir nur, jetzt wolle sie lieber Dich haben. Und damit Punktum.“

Die Hände des Konsuls tasteten nervös in seinem Schoß.

„War's Ihr denn — war't Ihr denn — verlobt?“

„Ja, es war so etwas derartiges.“

„Davon — davon habe ich nichts geahnt —“

Knapsted wandte sich heftig nach seinem Onkel um:

„Hättest Du sie mich sonst behalten lassen?“

„Ich — ich —“ lallte der Konsul. Er war jetzt ganz von Knapsted paralysiert und zitterte am ganzen Körper.

Der Zöllner lächelte.

„Sie konnte brillant küssen!“ sagte er. „Und jetzt haben die Würmer sie aufgefressen.“

„Ach las das — los das, Knapsted — — Ich das —“

Mörch jammerte wie ein Kind.

„Und grüße sie von mir. Du siehst sie wohl zuerst.“

Der Konsul wurde schwarzblau im Gesicht und hielt mit seinem Stock krastlos auf Esau los.

„Du bist ein Satan!“ fauchte er.

Der Zöllner lachte laut.

„Nun, nun! Vergiß nicht, daß Du krank bist, Mörch!“ sagte er dann in freundlich ermahnendem Ton. „Und kranke Leute dürfen sich nicht aufregen.“

Der Stock entfiel Mörchs Hand. Es war, als erschlaßten alle Nerven in ihm. Er sank auf der Bank zusammen und indem er seine blaugeschwollenen, zitternden Hände zu seinem Gesicht emporhob, weinte er wie ein Schuljunge, der Prügel bekommen hat!

„Du kannst mich doch in Ruhe lassen — — Ich habe Dir doch nichts gethan — — und immer mußt Du das Allerbösliche zu mir sagen — — und mich hängen machen. — Ich bin krank — das weißt Du recht gut — und trotzdem — — und trotzdem — Warum kannst Du — — mich nicht — — in Frieden lassen — ?“

Knapsted antwortete nicht. Er hatte sich von der Bank erhoben und stand bleich und unbeweglich da und betrachtete seine Beute.

Die Gitterpforte schrie in ihren Hängen.

„Mörch, da kommt jemand!“

„Ja!“

„Da kommt jemand!“

„Ja — ich will gleich — —“ Der Konsul machte einen Versuch, sich von der Bank zu erheben, vermochte es aber nicht.

Knapsted war ihm behilflich.

„Und hier ist Dein Stock!“

„Danke!“

„So kommt jetzt!“

zu stellen. Das Indemnitätsgesuch der Regierung war von dieser als einen Kompromiss zur Beilegung der in der Deputation hervorgebrachten Meinungsverschiedenheiten angesehen worden, es enthielt von vornherein eine Verwahrung gegen die Annahme, daß Staatsüberschreitungen als Verfassungsverstöße zu gelten hätten. Nach diesem Entgegenkommen durfte die Regierung darauf rechnen, daß auch die Deputation die Verfassungsfrage nicht weiter in den Hintergrund stellen würde. Aber das Gegenteil geschah. Der Deputationsbericht behandelte sie in der harschsten Form und gleichzeitig begannen offenbar inspirierte Artikel in den Dresdener Nachrichten und verschiedenen Berliner Blättern, die an bekannte Prechtbereiche vom vorigen Sommer erinnerten, von Ministeranslagen, bevorstehenden Personalveränderungen und Vergleichen zu reden, so daß die Regierung gar nicht anders konnte, als ihre grundfeste Stellung wieder einzunehmen und dem Vorgehen der Zweiten Kammer entgegenzutreten.

Ob es der leichteren Aufklärung der Verfassungsfrage so ganz ernst war, wird durch die Worte des Abgeordneten Stöckel etwas zweifelhaft, der die Meinung aussprach, „daß, wenn die Überschreitungen in den günstigeren Jahren der tatsächlichen Finanzen vorgenommen wären, gewiß eine heftige Kritik erfolgt sei, jedoch zu einem Konflikt, wie er jetzt vorliegt, wäre es nicht gekommen.“ Auch seine weiteren, von der Kammer mit Besatz aufgenommenen Worte zeigen deutlich, daß es der Kammer vielmehr darauf ankam, den Rücktritt des Finanzministers und einiger seiner Nähe durchzuführen. Daß der Landtag überhaupt kein Recht hat, gegen einzelne Ministerialbeamte vorzugehen, da den Kammern nur die Minister verantwortlich sind, liegt auf der Hand. Aber es muß doch auch selbst an, daß von konservativer Seite ein Ministerwechsel gefordert wurde, wenn man bedenkt, daß die Wahl der Minister ein unantastbares Königtum ist.

Das ist die konservative Grunde! Die Regierung muß heute die konservative Freundschaft schwer empfinden. Wenn sie es nicht früher gehabt hat, so muß sie sich jetzt endlich sagen, daß ohne das Klassenvorrecht die Konservativen nicht zu dieser Macht und Stellung gelangt wären, in der sie eine Gefahr für die Regierung geworden sind. Die Regierung ist von ihrem verdienten Schicksal errettet worden.

Im unmittelbaren Anschluß an den vorstehenden Artikel citiert das Regierungsorgan eine Aussage des Sachsenpiegels — dessen offiziöser Charakter dadurch wieder einmal bestätigt ist — in dem der konservativen Partei der Vorwurf gemacht wird, daß sie durch ihr Vorgehen die Regierungskompetenz blosstelle. Das Citat schließt mit folgender charakteristischen Mahnung an die Adresse der Konservativen:

Die Landtagsfraktionen haben durch ihre schroffe Haltung zweifellos erneut Anlaß gegeben, daß die national und königstreuen gesetzte Bevölkerung ernstlich darüber nachzudenken beginnt, ob es nun und staatsmäßig behandelt war, durch politische Institutionen den vereinigten Ordnungsparteien zu einem gesicherten Besitz ihrer Macht zu helfen. Man vergesse also nicht: die politische Tugend, die dauernde politische Herrschaft verbürgt, ist Mäßigung und Selbstbeherrschung!

Bekanntlich hatte der Sachsenpiegel sich erst ganz kürzlich in ähnlicher Weise über das Klassenvorrecht geäußert. Aus dem früheren Artikel des Sachsenpiegels war zu entnehmen, daß auch in der Regierung ein tiefer Unwill gegen die durch das Klassenvorrecht geschaffenen Zustände sich herangetrieben habe. Die Wirkung dieser Aussage suchte man damals dadurch abzuschwächen, daß man der Korrespondenz den offiziösen Charakter abstieß. Das Citat des Dresdener Journals aus dem Sachsenpiegel zeigt jedenfalls, daß die Regierung in recht enger Verbindung mit dieser Korrespondenz steht.

Politische Übersicht.

Vor und hinter den Couliers.

Der Herr Reichskanzler und die Herren Staatssekretäre verlebten gestern seit langer Zeit ihren angenehmsten Sonntag. Herr Tirpiz hat dem Reichstag bewiesen, daß ein Nichtfachmann in die Geheimnisse der Flottenmoral nicht einzudringen vermöge, und die Mehrheitsparteien waren so gefüllt, zu ihm, als ob sie ihm glaubten. Und auch Graf Bülow hat jetzt seinen Stein vom Herzen; er hat den Agrarien des Deutschen Landwirtschaftsrates Klipp und klar gesagt, daß die Regierung eine weitere Vermehrung des landwirtschaftlichen Hollschubes über ihre Vorhälse hinaus nicht annehmen könne. Die Herren Landwirtschaftsräte haben ihn deswegen nicht hinausgeworfen, einige haben sogar Beifall gellatscht. Die Altien des Flottenkurses und der Brodwucherer stehen heute wieder um ein halb Prozent höher.

Wenn es mit ihnen nur nicht wie mit den Treberakten geht! So sehr ein Teil der bürgerlichen Presse bereit ist, die Ereignisse der letzten Tage als Misserfolge falsch zu buchen, so weiß doch die Regierung genau, wie viel sauren Schweiss

„Ja —“
Und dann gingen sie.

Als Thomesen an jenem Abend von dem Mühlhof heimkehrte, lag der Hahn-Mortensen steif und kalt und tot in seiner Abteilung des kleinen Haushaltstrikofers.

Steif und kalt und tot und befreit von den Lasten des Lebens. — — —

Die alte Mutter Karen ruhte schon lange in den Armen des Schlafes; oder wenigstens lag sie doch in ihrem Bett. Und Manuel schlief durch die Stuben und die Küche in sein Zimmer hinauf. Drobens stand in einer Ecke ein kreuzfahrtner Lörfork, in dem Mortensen die letzten Wochen zugebracht hatte, seitdem das Wetter kühler geworden und es ihm nicht mehr möglich gewesen war, seinen elenden Körper in dem Nest drüber unter dem kleinen Fenster im Schuppen warm zu halten.

Thummelumsum hatte die Lampe angezündet und stand nun mit dem entschlafenen Tier in den Händen da.

„Zeht hat man ausgestritten, kleiner Mortensen.“ murmelte er. — „Zeht ist man fertig! — Ach, Herr Gott, ja!“

Und Manuel wurde so weh ums Herz. Er weinte gerade nicht, aber im Innern seiner Brust lag doch ein großer, trauriger Klumpen und bedrückte ihn.

Und falls nun der Hahn das Zeitliche gelesen hätte, ehe er draußen auf dem Hofe gewesen wäre!

Es durchzuckte ihn wie ein Messerstich.

Da wäre man verloren gewesen! — — — Aber Gott war gut, und seine Güte währet ewiglich.

Er nahm das Tuch von neuem und hüllte es vorsichtig um seinen toten Freund. Mortensens Beine hatten sich steif ausgestreckt und erschienen jetzt, wo der Körper,

es sie gekostet hat, diese kleine künstliche Erholung herbeizuführen. So weiß die Freiinnige Zeitung zu erzählen: Es sei schade, daß die Mehrheitsparteien nicht ein Vertrauensvolumen für Herrn v. Tirpiz beantragt hätten. Es würde sich also daran herausgestellt haben, daß große Teile des Centrums, auch Teile der Konservativen und selbst Abgeordnete der Freisinnigen Vereinigung in ihrer Auffassung sich keineswegs deckten mit den Reden der Abgeordneten aus diesen Parteien, wie ja auch die Presse dieser Parteien keineswegs überall damit übereinstimmt. Aber man hätte hinter den Couliers derart individuell gebettelt und gebeten für Herrn v. Tirpiz und so viel Märchen verbreitet über die gegen Herrn v. Tirpiz spielenden Intrigen, daß es geradezu Willek erregen müsste bei allen, die geneigt sind, sachliche Rücksichten persönlichen Empfindungen unterzuordnen.

Nun scheint man nach langem Hin und Her auch darüber eingeworden zu sein, wie man es mit der Brodwuchervorlage zu machen habe. Ein kleines Fähnlein agrarischer Hauptstreiter soll abkommandiert werden, um Vater zu schlagen und Opposition zu machen, während Centrum, Konservative und Nationalliberale in möglichster Geschlossenheit für die Regierungsvorlage stimmen sollen. Dieser Schwund ist freilich zu durchsichtig, um nicht durchschaut zu werden. Man weiß, daß innerhalb der Mehrheit zwei mächtige Interessenverbände die ausschlaggebende Rolle spielen. Das ist der Centralverband der Scharfmacher, der den Minimalzoll, und der Bund der Landwirte, der den vorgeblich unzureichenden Zollschutz der landwirtschaftlichen Produkte für unannehmbar erklärt hat. Diese beiden Interessenverbände brauchten nur den Finger zu rühren, um die Zolltarifvorlage zu Falle zu bringen. Thun sie es nicht, dann ist unwiderleglich bewiesen, daß ihre Resolutionen und Beschlüsse nur auf den äußeren Effekt berechnete Kriegsfähigkeit sind und daß sie in Wirklichkeit bereit sind, den Bollards der Regierung widerstandlos zu schlucken.

Freilich mußte auch Graf Ballerstrem, der Reichstagspräsident, in seinem Toast beim Festessen der Agrarier eingestehen, daß mit der erzielten Einigung das Zustandekommen des Gesetzes noch lange nicht gesichert sei. Er hat zweifellos recht. Denn selbst wenn der Schlachtplan der Regierung völlig klapple, so bliebe noch der Widerstand der Opposition zu überwinden. Aber es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß es auch innerhalb der Brodwucherarmee noch im Laufe der Verhandlungen zu neuen Zwischenfällen und Neubildungen kommen wird.

Das ist aber der höchste Witz der an tollen Verwicklungen reichen Zollkomödie, daß Herr Oertel, der Unentwegte, der den Zolltarifwurf als unannehmbar bezeichnet hat, jetzt der Gefangen der Opposition ist und mit ihr marschiert muss. Wir hoffen, daß in der großen Bündlersversammlung, die heute im Circus Witz abgehalten wird, laut und deutlich der Ruf ertönen wird, der bisher nur in sozialdemokratischen Versammlungen gehört worden ist:

In den Orlas mit diesem Zolltarif!

Aus dem österreichischen Reichsrat.

Aus Wien schreibt uns unser pb. Mitarbeiter vom 7. Februar: Der österreichische Reichsrat hat am 4. d. M. seine Sitzungen wieder aufgenommen, nachdem der Budgetausschuss seine Arbeiten zum größten Teil bis auf einige Positionen, die aus politischen Gründen Schwierigkeiten bereiteten, erledigt hatte. Es handelt sich hierbei nicht nur um die gewissen Mittelschulen, sondern auch um die Meliorationskredite für die Stadt Prag und um den Dispositionsfonds. Die Abstimmung über ihn ist natürlich nur vom politischen, nicht vom budgetären Standpunkt zu beurteilen. Denn mit den lumpigen 100000 Gulden, mit deren Hilfe die Regierung ein paar schlechte Beamteschreiber austauscht, könnte sie die Kosten ihrer geradezu großartigen Tätigkeit auf dem Gebiete der österreichischen Preiskorruption natürlich nicht bestreiten. Über S. M. der Kaiser von Österreich hat ja noch Orden und Titel zu verleihen, und S. M. Regierung darf nicht so viel Schamgefühl, um sich die Vorschläge zu diesen Standeserhöhungen und Titelverleihungen nicht gebührend bezahlen zu lassen. Auf die dünnen Gerüchte, die von der ungerechten Verwendung gewisser Fonds, z. B. des Wiener Stadterweiterungsfonds, einer Art Welfenfonds, munkeln, will ich nur kurz hinweisen. Jeder Abgeordnete also, der den Dispositionsfonds ablehnt, weiß ganz genau, daß er damit die Regierung nicht die Möglichkeit benimmt, ihre Interessen durch die Presse vertreten lassen zu können; er gibt sein Votum nur als Vertrauens- oder Misstrauensvolumen ab. Da nun die Parteien in den letzten Wochen sehr regierungsfeindlich geworden

nachdem der letzte Lebensfunken erloschen, ganz zusammengesunken war, doppelt lang und mager.

Aber die mächtigen Sporen kreuzten sich noch ebenso martialisch; und die beiden übrig gebliebenen Hahnenfedern saßen noch an ihrem Platz. Wohl hatte man kapituliert, aber in Ehren!

Still legte Manuel den Toten in den Korb, entkleidete sich, löschte die Lampe aus und ging zu Bett.

Am Morgen, als Mutter und Sohn am Kaffeetisch saßen, schwiegend und wortkarg wie gewöhnlich, erhob Thomesen plötzlich den Kopf und sagte:

„Mortensen ist über Nacht gestorben.“

Madam Thomens Hände sanken wie gelähmt in ihren Schoß.

„Um Gottes willen, Manuel!“ sagte sie und starnte ihren Sohn an, als erwarte sie, ihn im selben Augenblick in die Erde sinken zu sehen.

Manuel aber verzehrte ruhig seinen Kärglich mit Butter bestreichenem Morgenimbiss weiter.

„Und Knors?“ fragte Karen. „Knors hat sich heute morgen auch noch nicht blicken lassen.“

„Knors ist auf dem Mühlhof.“

„Auf dem —“

„Ich war gestern abend mit beiden Tieren da.“

„Herr du m—“

„Und nun haben sie den väterlichen Boden betreten, wie Vater es gewünscht hat.“

Karen rang die Hände.

„Und ich glaubte, Du hättest Dir die Gedanken aus dem Kopf geschlagen, Manuel!“

„Gängst Du nun wieder mit Deinem dummen Gedanke an?“ brauste der Sohn auf.

und, ist an der Annahme dieses Postens Raum zu zweifeln. (Ist inzwischen erfolgt. D. Ned.)

Auf der Tagesordnung der ersten Plenarsitzung standen zunächst zwei Dringlichkeitsanträge, ein jungschechischer und ein sozialdemokratischer, die die jüngste Grubenkatastrophe im Brüder Revier betrafen. So selten es auch vorkommt, daß ein parlamentarischer Vorgang seiner Bezeichnung im parlamentarischen Jargon entspricht, daß also z. B. ein Dringlichkeitsantrag wirklich dringlich ist, diesmal hatte das Parlament eine Entscheidung zu treffen, die keinen Aufschub zuläßt. Es besteht nämlich die große Gefahr, daß die Untersuchungskommission, die aus lauter abhängigen Leuten, teils staatlichen, teils privaten Bergbeamten besteht, zu einer Verlängerungskommission werde. Deshalb wurde verlangt die Bezeichnung von Arbeitern der betreffenden Gruben als mit vollem Recht ausgestattete Mitglieder zur Kommission. Aber diese Forderung, die nur für die unparteiische Feststellung der Berantwortlichkeit in Betracht kommt, wird an Wichtigkeit weit übertragen durch die in den anderen Punkten der Anträge aufgestellten. Es wurde nämlich verlangt eine Ausgestaltung der ständigen Bergwerksinspektion durch Beziehung von Arbeitern und eine Änderung des gesetzlichen und vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft schädlichen Abbausystems, des Hammerabbaus und seine Erziehung durch den Erzgraben. In der Debatte meldeten sich nur pro-Nedner zum Wort. Während der jungschechische Ingenieur Kaspar hauptsächlich die technischen Mängel, die im Brüder Revier herrschen, auseinandersetzte — nach seiner Ansicht bleibend durch das Kammersystem zirka zwei Drittel des Kohlenbestandes unbenutzt — beschrieb Genosse Nieder die sozialen Schäden und das unglaublich leistungsfähige Vorgehen der Besitzer, das sogar durch Berichte bürgerlicher Blätter, z. B. des Prager Tagessatts, klar gestellt erscheint. Endlich wurde noch verlangt eine gerechte Entschädigung der Witwen und Waisen. Allen diesen Anträgen wurde nicht nur einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt, sondern sie wurden auch in merito angenommen. Ob die Regierung nun diesen so deutlich ausgesprochenen Wünschen entgegenkommen wird, bleibt abzuwarten.

Vorläufig werden nur wenige Sitzungen abgehalten. Zunächst kommt das Rekrutengesetz zur Verabschiedung und bis dahin wird der Budgetausschuss auch soweit sein, daß das Hans sich seiner nächsten großen Aufgabe, der Verarbeitung des Staatsvorausblicks, wird widmen können.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstag.

B. Berlin, 8. Februar. Der Reichstag genehmigte heute zuerst den Etat des Reichsschahamtes ohne jede Debatte, sodass der Schahfettsche Freiherr v. Thielmann, der es sich kaum auf seinem Bundesratssitz bequem gemacht hatte, schon nach fünf Minuten mit bewilligtem Gehalt freudlich schmunzelnd den Saal verlassen konnte. So konnte das Haus alsbald in die zweite Sitzung des Justizrats eintreten. Herr Dr. Niebergall schien auf diese frühe Stunde nicht gefasst gewesen zu sein; er erschien erst, als der erste Redner, Genosse Heine, schon mit einem großen Teil seiner Ausführungen fertig war. Und doch wäre es dem Staatssekretär des Reichsjustizamtes zu gönnen gewesen, wenn er Heines Kritik des Falles Bredenbeck sich recht eindringlich hätte anhören und zu Hörern nehmen können. Unser Genosse brachte in seiner Rede eine Reihe von Fällen vor, die für die Justizpflege im Deutschland des 20. Jahrhunderts recht kompromittierend sind. Eingehend sprach er den Fall des Dortmunder sozialdemokratischen Redakteurs Bredenbeck, der als Untersuchungsgefange gefesselt im Zellenwagen zum Untersuchungsgefängnis geführt wurde und der dann im Gefängnis eine Reihe schlimmer Leidensfälle durchzustehen hatte. Man verfragte ihm in gesetzwidriger Weise — wie Heine nachwies — die Selbstbeschäftigung im Gefängnis und noch einmal hatte er, da er zum zweitenmal ins Gefängnis geführt wurde, alle Quallen zu erleiden, die ein anständiger Mensch empfindet, der sich — noch dazu zu Ungefehr von Frau und Mutter — wie ein gemeiner Verbrecher gefesselt durch belebte Straßen geführt sieht! Herr von Hammerstein, der preußische Minister des Inneren, hatte freilich im preußischen Abgeordnetenhaus gemeint, es sei ja „un“ ein Sprecher gewesen — aber er dürfte dieser Aufschauung nicht mehr froh werden. Heine wies ihm nach, daß diese Behauptung objektiv unrichtig ist und forderte den Minister öffentlich auf, sich zu entschuldigen. Der Einzelfall gestaltete sich im weiteren Verlauf von Heines Rede zum Symptom des Systems; er forderte eine reichsgerichtliche Regelung des Strafvollzugs und rügte es

„Nein, nein, Manuel, nein — — Aber —“

„Aber was?“

„Hast Du denn — — Willst Du denn den Mühlhof — —?“

„Das überlasse Du einem nur ruhig! —“

Und Thomesen erhob sich und begab sich an seine Schreibearbeit auf dem Harbesamt.

Und am Abend, als die Dämmerung hereinbrach, packte er Mortensen in eine Pappschachtel und trug ihn auf den Friedhof hinaus und beerdigte ihn heimlich in dem väterlichen Grabhügel.

Eines Morgens, einige Tage später, sahen Madam Thomesen und Emanuel wieder zusammen am Kaffeetisch.

Die Ladenglocke ertönte. Eine Stimme rief: „Zeitung!“ Es war der Junge mit der Morgenzeitung.

Mutter Karen trippelte hinaus, holte die Zeitung und reichte sie ihm.

Er riss sie an sich. Das Papier raschelte in seiner Hand, so erbös war er.

„Willst Du nicht noch einen Schluck Kaffee haben, Manuel?“

„Nein! Verdammt und verschlucht! So las mich doch in Frieden!“ (Thomesen pflegte sonst niemals zu fluchen.)

Still und geräuschlos machte Mutter Karen sich davon, die Tassen und Teller zusammenzuführen, um sie in die Küche hinauszutragen. Plötzlich aber stieß sie einen Schrei des Entsetzens aus und stellte schnell alles wieder auf die Serviette.

„Manuel! Manuel! Was fehlt Dir nur einmal?“

Die Zeitung war Thomens Händen entfallen und lag am Fußboden. Er selber lag zurückgelehnt im Sofa, leichenblaß und mit geschlossenen Augen.

(Fortschreibung folgt.)

schafft als eine Umgehung des Gesetzgebungsrechtes des Reichstags, wenn die verbündeten Regierungen ein Strafvollzugsgesetz mit sich vereinbaren und es unter Beiseiteziehung der Reichskompetenz durch einzelstaatliche Regierungssäle in Kraft setzen. Darauf kritisierte der Redner eine kürzlich von den preußischen Ministern der Justiz und des Innern erlassene Verfügung, wodurch die Staatsanwälte zur Anklageerhebung auf Grund des Expressionsparagraphen gegen solche Arbeiterschaften aufgefordert werden, die andere durch sogenannte "Drohung" zur Teilnahme an ihrer Vereinigung aufzufordern. Er fragte den Staatssekretär, ob ein entsprechender Erlass auch für analoge Vergehen der Arbeitgeberorganisationen ergangen sei und ging von dieser juristisch unhalbaren Verfügung über zu einem außerordentlich überzeugenden Exkurs über die bedeutsche Reichspräsidentur in Sachen des § 253 des Strafgesetzbuches, des sogenannten Expressionsparagraphen. Daraus ergab sich ihm im weiteren die Reformbedürftigkeit unseres ganzen Strafgesetzbuches, dessen Paragraphen heute vielfach in löschen-spielerischer Justizkunstlei ausgelegt werden — zum Schaden der Gerechtigkeit.

Alles, was Herr Dr. Nieberding heute zu sagen wünschte, bewies wieder einmal, wie tief im Altenstaub und Formelstrom vergraben die Bürokratie der grünen Tische ist, wie ungern weit sie entfernt steht mit allen ihren Annahmen von dem warm pulsierenden Leben, von dem fortschreitenden Leben der modernen Zeit. Von der preußischen Ministerverfügung weiß Herr Nieberding nichts; sie gehört auch nicht in sein Repertoire und er wird sich hüten, sich etwa danach zu erkundigen. In enge Schranken ist diese Welt des Rechtes gebannt. Eine reichsrechtliche Regelung des Strafvollzugs erschließt auch dem Staatssekretär wünschenswert, ist aber sehr schwierig und noch mehr Schwierigkeiten bietet die allgemeine Revision des Strafgesetzbuches, zu der umfangreiche Vorbereitungen im Gange sind. Was Herr Nieberding über den Fall Bredenbeck sagte, war ebenso ungenügend wie unbefriedigend. Für den Transport sei nicht das Gericht, sondern die Landespolizeibehörde verantwortlich. „Als zu einem gewissen Grade“ sei die Fesselung zu kritisieren, man sei bestehenden Verhältnissen nicht nachkommen, die in jedem Einzelfall eine Fesselung von einer besonderen Debatte abhängig machen. Das war alles. Kein Wort des Bedauerns, keine Regung menschlichen Mitgefühls wurde in den Worten des Staatssekretärs laut. Er wünschte auch dann höchst nichts weiter zu sagen, als Heine ihn nochmals darauf aufmerksam machte, daß es sich doch um ein Gerichtsgefangnis gehandelt habe, daß dem ersten Staatsanwalt in Dortmund unterstehe.

Ein Teil der Sitzung wurde mit Erörterungen über das Duell ausgefüllt. Das Centrum hat einen vom Abg. Gröber bearbeiteten Antrag eingebracht, der die privilegierte Ausnahmeverordnung, deren sich die Helden des kavalierhaften Wördes erfreuen, beseitigen will, indem er den Zweikampf den allgemeinen Strafbestimmungen über die Verbrechen wider Leib und Leben unterstellt. Die Regierung hielt es für das klügste, überhaupt keine Stellung dazu zu nehmen; man wußt ja, daß sie auf eine Befestigung der Gentlemen-Schleiere nicht eingehen wird. Helme stellte dann auch die Scheinaktion des Centrums in das rechte Licht und traf den Nagel auf den Kopf mit der Bemerkung, ohne die Ausrottung feindlicher Standesvorteile und Vorrechte werde auch das Duell, eine Biere aller dieser Rauhvirilisten, nicht fallen. Auf den standlosen Fall Bremigen-Fallenhausen wies Dr. Müller-Meiningen hin; er stelle besonders das würdevolle Gebaren des Pistolenhelden, der seinem Freund die Frau versüßt und ihn dann niederrichtet, in gehörige Beleuchtung.

Weitere Forderungen betrafen die Heraussetzung der Strafmaßregel von 12 auf 14 Jahre. Herr Nieberding erklärte sie für unausführbar. Man verlangte die Befestigung des liegenden Gerichtsstandes der Presse. Nach Herrn Nieberding sind die Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen von der Freisinnigen Volkspartei erwähnt sich das Verdienst, die seltsame „Begnadigungs-“ und Priviliegereien aus einem idyllischen deutschen Kleinstaat zu Sprache zu bringen, deren sich schon vorher Kladderadatsch und Simplicissimus angesehen hatten. Seine drastischen Aussführungen aber vermochten Herrn Nieberding nicht aus seinem Phlegma herauszubringen. Es sei nicht seine Aufgabe, die „Gesetzgebung“ der Bundesstaaten zu überwachen. Er schreibt, wenn er sich erkläre, von Preis &c. L. eine unangenehme Antwort, vielleicht gar eine Kriegserklärung an das Reich, zu erhalten. Auf den ebenfalls berührten Fall der Beleidigung eines Tolstoischen Werkes in Leipzig ging Herr Nieberding lieber gar nicht ein.

Gegen eine Forderung des nationalliberalen Abg. Dr. Esche, man müsse die Straßen für Verleumdungen und Beleidigungen erhöhen, erhob Genosse Heine begründeten Widerprotest, indem er auf die jetzt schon bestehende Beschränkung der öffentlichen Freiheit aufschlagend hincwies.

Am Montag wird die Debatte fortgesetzt. Eventuell kommt noch der Postelat an die Reihe.

Aus dem preußischen Landtag.

H. Berlin, 8. Februar. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Beratung des Staats fort; es wurde eine Reihe kleinerer Staatsmeistereien erledigt. Zu Erörterungen kam es nur beim Statut des Staatsministeriums und bei dem der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Der Statut des Staatsministeriums gab dem Hause Veranlassung, einstimmig seine Sympathie mit den Buren einzufinden zu erklären. Eigentlich gehört ja diese Angelegenheit überhaupt nicht vor den Landtag, aber die Erörterung von Angelegenheiten des Reiches von der Tribüne des Landtags herab ist ja keine neue Erscheinung mehr.

Der Abg. Buchhoff (Freikons.), ein geschäftsführendes Mitglied des Buren-Gütekomitees, teilte mit, daß er den Großen Pilsow erachtet habe, dafür zu sorgen, daß die in Deutschland für die Buren in den Konzentrationslagern gesammelten Kleidungsstücke und Lebensmittel dort zur Verarbeitung gelangen können. Zu diesem Zwecke soll Graf Bülow auf diplomatischem Wege mit England unterhandeln. Das Vorgehen des Buren-Gütekomitees wurde von allen Parteien ebenso freudig begrüßt, wie das Zehlen des Minister während dieser Debatte heftig getadelt wurde.

Bei dem Statut der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung verhandelt. Die Hochschulzölner, an der Spitze Graf Manz und Arndt, fordern energisch die Einführung eines Zolles auf Rohprodukte, vor allem auf Kupfer, Zink und Blei. Daß dies Verlangen erfüllt wird, gilt durchaus nicht als ausgeschlossen, denn Minister Möller läßt durch-

blicken, daß er, falls die Reichstagsmehrheit im Sinne der Hochschulzölner beschließen sollte, nicht abgeneigt sei, ihren Wunsch zu erfüllen.

Dass es beim Statut der Bergverwaltung in einem Hause, zu dessen schönsten Zielen ein Dr. Arndt gehört, ohne Wahrung debatte nicht abgehen kann, ist einleuchtend. Der unermüdliche Vorläufer für den Vinetianismus, der sich am Grabe die Hoffnung aufspanszt, hält denn auch seine Rede, die sich nur dadurch von seinen sonstigen Silberreden unterscheidet, daß sie mit einem Auftakt gegen England verknüpft war. Herr Dr. Arndt übertrifft sich selbst, indem er erzählte, in Amerika sei die Doppelwährung nur infolge eines schändlichen Wortbruches des englischen Ministeriums noch nicht durchgeführt.

Von Wichtigkeit ist aus der Debatte noch die Mitteilung des Ministers Möller, daß die Regierung demnächst 55 Millionen zum Ankauf von Gruben in Westfalen vom Hause verlangen wird.

Am Montag wird die Beratung fortgesetzt.

* Berlin, 10. Februar. Der Vorsitzende der Zolltarif-Kommission, Herr v. Kardorff, gedenkt nach Mitteilung der Berliner Neuesten Nachrichten nur für den Fall vom Vorfall zurückzutreten, daß die Mehrheit, die sonst hinter ihm steht, ihn bei seinem Vorhaben im Stiche lassen sollte. Er wolle nicht zugeben, daß die Kommissionsverhandlungen mit Materialien, die nicht im Zusammenhang mit der Vorlage ständen, bepackt würden.

Der dänische Ministerpräsident Deumer beabsichtigt, Verhandlungen mit Deutschland über die Optantensfrage in Nord-Schleswig einzulegen.

In der englischen Presse erhält sich hartnäckig das Gericht, daß England beabsichtige, Walhallau zu Deutschland abzutreten. Hier, so meldet Hirsch's Bureau, ist von einer derartigen Absicht der britischen Regierung bislang nicht das Gesetzte bekannt.

Keine Märtyrer. Zu den Neuerungen des Kaisers über das Gesundeten wird der National-Zeitung vom Polizeipresidenten v. Windheim noch folgendes mitgeteilt: Der Kaiser, der über die Angelegenheit sehr informiert war, äußerte sich scharf missbilligend über den ganzen Unzug, und auch die Kaiserin sprach sich im gleichen Sinne aus. Jedoch pflichtete der Kaiser der Ansicht des Polizeipräsidenten bei, man müsse es vermeiden, mit direkten Maßregeln gegen den Unzug vorgezugehen, da dadurch für das Gefundeten nur Klämme gemacht würde. Man dürfe, wie der Kaiser sagte, wenn man dem Nebel abhelfen wollte, keine Märtyrer schaffen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung erklärt: Der Kaiser habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß Personen, die sich an dem Treiben der Spiritisten, Gesundeten und verwandter Richtungen beteiligen, vom Auftritt zum Alerhöchsten Hofe ausschlossen sind. Wie dem Lokalzeiger zufolge verlautet, soll denjenigen Persönlichkeiten am Hofe und in der Gesellschaft, die sich mit derartigen Dingen befassen, die Willensmeinung des Kaisers in sehr bestimmter Form zum Ausdruck gebracht werden.

Wir billigen die Meinung des Kaisers durchaus, daß mit Polizeimaßregeln nichts auszurichten sei und glauben, daß diese manchen ehrlichen Dummkopfen gegenüber eine unbillige Säule wären. Es wäre nur zu wünschen, daß jene erlaubte Politik, die keine Märtyrer schaffen will, zunächst von der vornehmen Gesellschaft auch auf die minder vornehme ausgedehnt würde. Es hat sich ja genug erweisen, daß man keine Bewegung, mag sie blödsinnig oder geistesklar, berechtigt oder unberechtigt sein, damit anhält, daß man ihre Märtyrer schafft.

Ein sozialdemokratischer Antrag zu Gunsten der Kleinbauern. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Zolltarif-Kommission haben im Interesse der Kleinbauern folgenden Antrag als § 10b eingereicht:

Aus den Erfahrungen der Bölle, die bei der Einfuhr von Waren in das deutsche Zollgebiet erhoben werden, sind jährlich 60 Millionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kleinbauern, insbesondere durch Verbesserung und Bau von Landwegen und Kanälen, zu verwenden.

Die Beratung dieses Antrags wird Gelegenheit bieten, über wahre und falsche Fürsorge für die Landwirtschaft zu diskutieren. Die legte Nede des preußischen Landwirtschaftsministers v. Podbielski hat der Debatte über diesen Gegenstand reichlich neuen Stoff geliefert.

• Sie geht 'e hen, dor geht 'e hen! Die Dortmund Handelskammer beschloß in ihrer letzten Sitzung einstimmig, an den Reichstag und Bundesrat eine Petition gegen die im Zolltarif festgesetzte Höhe der Bölle auf Hopfen, Malz, Hafer, Gerste und Mais zu richten. Ein vorher ausgearbeiteter Entwurf der Petition wurde abgelehnt, da er einer Anzahl Mitglieder nicht weit genug ging. Die jetzt angenommene Petition ist schärfer, liegt jedoch im Vorlauf noch nicht vor. Sie wurde damit begründet, daß die hohen Bölle auf die genannten Produkte das in Dortmund hervorragend betriebene Brauereigewerbe bedeutend schädigen würden. Um die Herabsetzung des Haferzolles hatten vorher schon die westfälischen Fuhrunternehmer petitioniert. Die Konsequenz, daß auch die übrigen Industriezweige durch den Zolltarif geschädigt werden, könnten die nationalliberalen Mitglieder der Dortmunder Handelskammer nicht ziehen. Der nationalliberale Abgeordnete des Dortmunder Wahlkreises, Herr Hilde, wird aber trotzdem für hohe Bölle eintreten, um von denselben Herren, die jetzt dagegen petitionieren — — wieder gewählt zu werden. Echt nationalliberal!

Milde Richter. Vor dem Kriegsgericht der 11. Division zu Breslau war der Wachtmeister Paul Marx vom Dragoner-Regiment Nr. 8 zu Oels angeklagt der fortgesetzten Mißhandlung eines Untergebenen. Der Wachtmeister hatte den Dragoner Gustav Meyer nach dessen Angaben häufig beim Appell mit Schlägen traktiert, einmal mit dem Säbel über den Rücken geschlagen. Der Wachtmeister wurde zu 14 Tagen Arrest verurteilt.

(*) Stuttgart, 9. Februar. Der Landtag schloß gestern seine Tagung mit einer Debatte größeren Stils über die Stellung der württembergischen Regierung im Bundesrat zur Frage der Gewährung von Reichstagsabstimmungen. 64 Abgeordnete aller Parteien hatten schon im Vorjahr den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat für Gewährung von Abstimmungsrechten und Freiheit für die Reichstagsabgeordneten einzutreten. Die Beratung des Antrags hat zwar lange auf sich warten lassen; dafür war jetzt der Zeitpunkt ein um so günstigerer, was auch der Ministerpräsident Breitling mit einer zu Beginn des Debaute abgegebenen Erklärung bestätigte.

Er erklärte nämlich, der vom Reichstag in der Sitzung vom 10. Mai 1901 angenommene Gesetzesentwurf betreffend Änderung des Art. 32 der Reichsverfassung sei vom Bundesrat am 17. Mai 1901 dem Ausschuß für Verfassungsfragen überwiesen worden. Dieser Ausschuß sei in eine Beratung noch nicht eingetreten, auch der Bundesrat selbst habe sich noch nicht mit der Frage noch nicht befaßt. Wohl aber habe inzwischen mit einzelnen Regierungen ein Meinungsaustausch stattgefunden. Bei diesem Stand der Sache erscheine es der Regierung unthunlich, den Standpunkt darzulegen, den sie zu dem Entwurf im Bundesrat einzunehmen gedenke und sie müsse die Beteiligung an einer Erörterung des Gegenstandes sich verhagen. Sprach's und verschwand aus dem Sitzungssaal. Wenn die Regierung der Württembergischen Regierung in dieser Frage handeln soll. Dieser Gesichtspunkt wurde auch im Verlauf der gestrigen Debatte wiederholbt betont. Diese gestalte sich zu einer mehrstündigen hochpolitische Diskussion über Reichstagswahlrecht, Absolutismus, Terrorisierung Süddeutschlands durch den Norden und Protzucher, in welcher alle Parteien mehr oder weniger programmatische Erklärungen abgaben. Für die Sozialdemokratie sprachen die Genossen Tauscher und Reil.

Schließlich wurde der Antrag mit 66 gegen 9 Stimmen angenommen. Die gewählten Abgeordneten stimmten geschlossen, von den Privilegierten der kleinere Teil für denselben, selbst die Mehrheit der Prälaten stimmte mit der Mehrheit der Kammer.

Hieran wurde noch ein Antrag der Sozialdemokraten gestellt insofern, als der Stadt Stuttgart die ihren Einwohnerzahl entsprechende Zahl von Vertretern im Landtag gewählt werden soll und dann der Landtag auf unbestimmte Zeit vertagt, da der Steuerkommission Zeit zur Beratung der Steuerreform gegeben werden soll. Im April wird vermutlich das Plenum wieder einberufen und dann wird der wichtige sozialdemokratische Antrag bald zur Beratung gelangen, der den Kampf um die Verfassungsreform wieder aufzuheben wird.

Die Erste Kammer genehmigte gestern noch das Über-einkommen betreffend die einheitliche Postmarke.

G. Straßburg i. E. 7. Februar. Unter neuer Ministerpräsident v. Möller nahm die eben beendigte allgemeine Staatsdebatte des Landesausschusses zum Anlaß, um den wissbegierigen Landboten gegenüber in anerkennenswert offenerherziger Weise seine Ansicht über die Hoffnungen auszusprechen, die sie sich auf eine freiheitlichere Ausgestaltung des reichsländischen Wahlrechtes unter seinem Regiment machen könnten. Naturbursche, wie es Herr v. Möller nun einmal ist, verhinderte dabei alle Umschweife, indem er auf eine Anzapfung des Abg. Schiller, der die Einführung des geheimen und direkten Wahlrechtes zum Landesausschuss forderte, folgendes erwiderte:

Was die berühmte Änderung des Wahlmodus zum Landesausschuss betreffe, so erklärte er, daß von den verschiedenen Parlamenten, mit denen er zu verkehren die Ehre gehabt habe, keines so gut arbeite, wie der Landesausschuss. Das komme daher, daß der Landesausschuss rein sachlich arbeiten könne und seine Mitglieder keine Neden zum Fenster hinaus hätten, wie in anderen Parlamenten mit allgemeinem Stimmrecht. Das hierige Wahlsystem sei ungleich besser als das allgemeine Wahlrecht und er verzichte dem Hause, daß er während seiner Dienstzeit das allgemeine direkte Wahlrecht für den Landesausschuss nicht einführen werde. Eher werde er es vorziehen, in den Ruhestand zu treten. Er weise alle dahingehenden Anträge a limino zurück.

Herr v. Möller hat da aus seinem reaktionären Hinterpommern-herzen in der That keine Mördergrube gemacht. Das traurige Wahlsystem zum Landesausschuss mit seiner dreifachen Durchsetzung der Kandidaten, die jede Vertretung der unteren Volkschichten total unmöglich macht, ist in der That seines Lobes wert, ebenso wie das Rentner- und Bürgermeisterparlament, das der Regierung mit der Sicherheit eines dressierten Pudels über pariert.

kleine politische Nachrichten. Guschken hat sich ein Offizier v. Salisch. Es ist dies nach dem Vorwärts derselbe Offizier, der im März 1892 als Lieutenant in Koblenz den Kaufmann Ferdinand Weimann mit seinem Säbel vor einer Wirtschaft erstach. v. Salisch wurde darauf zu zwei Jahren Festung verurteilt, jedoch nach einem Jahre begnadigt. Er wurde dann nach Bremen versetzt und kam später nach Breslau, wo er jetzt durch Selbstmord geendet hat.

Oesterreich-Ungarn.

Das Abgeordnetenhaus über die Heeresverwaltung. — Die Spaltung im altdutschen Lager.

Bien, 8. Februar. In der Beratung über das Rekrutentontingent bringen Abgeordnete Bajvorka und Formanek eine Reihe von Beschwerden gegen die Kriegsverwaltung vor und wenden sich gegen den Dreibund, der die Ursache der allzu großen militärischen Lasten sei. Sie beschweren sich über die mangelhafte Berücksichtigung der Landwirtschaft und des Kleingewerbes, über harte Bestrafung derjenigen, welche sich bei Kontrollversammlungen mit „Zoe“ melden, und erklären, sie würden gegen die Vorlage stimmen. Während der Rede des Abgeordneten Bajvorka entsteht in der Umgebung des Redners wegen des Gerüsts, daß der Landessverteidigungsminister mit dem Präsidenten über einen vorzeitigen Schluss der Debatte verhandle, heftige Erregung. Abgeordneter Freßl ruft ununterbrochen „daß ist ein Skandal, eine Komödie, das ist kein Parlament, sondern ein Sklavenhaus“. Der Präsident ruft den Abgeordneten Freßl zur Ordnung. Sodann erläutert er dem Abgeordneten Bajvorka, welcher gelegentlich einiger Neuherungen über das Duell die Person des Monarchen in die Debatte gezogen hatte, wegen unqualifizierbarer Neuherungen über die Krone einen Ordnungsruf.

Abgeordneter Daszyński (Soz.) erörtert in 2½ stündiger Runde die Notwendigkeit einer endlichen Reform des Militärstrafverfahrens unter Anführung zahlreicher Beispiele von Berurteilungen Unschuldiger. Er belagt sich namentlich über die schwere Bestrafung bei Meldungen von Reservisten in politischer Sprache anstatt in deutscher und unterzählt die Verhältnisse des 10. Armeecorps einer schärfen Kritik wegen zahlreicher Soldatenmisshandlungen und gefundebitschädlicher Übungen. Hierauf wird die Debatte geschlossen. Generalredner Marx fordert gleichfalls eine durchgreifende Reform (Fortsetzung in der 1. Beilage).

Gier zu zwei Beilagen.

Wahlverein Leipzig-Stadt

Mittwoch den 12. Februar abends 1/2 Uhr

Öffentliche Versammlung

in der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Rudolf Dreydorff über: Rechte und Pflichten des Bürgers im Staate. Nach dem Vortrage Diskussion. 2. Mitteilungen des Vorstandes.

Bahlreichen Besuch erwartet

Klempner.

Dienstag den 11. Februar abends 1/2 Uhr **Versammlung** im Coburger Hof. 1. Die beauftragenden Gewalten des Staates und die Arbeitersklasse. Ref.: Gen. Wiesenthal. 2. Gewerkschaftliches. Außerdem werden die Kollegen aufgefordert, die am Sonnabend den 15. Februar im Pantheon stattfindende allgemeine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung zahlreich zu besuchen. [1888]

Central-Verband der Handlungsgesellschaften und Gehilfen Deutschlands (Bz. Leipzig)

Dienstag den 11. Februar (Fasnachten)

Grosses Wintervergnügen

im großen Saale des Etablissement Felsenkeller (Plagwitz, Karl-Heine-Straße). [1900]

Konzert ausgetragen von der Freien Musikkvereinigung (Dir. Herr Schüke) sowie der Sängervereinigung des Fortbildungsvorlesung (L.-West, Sitz L.-Kleinischöcher (Dir. Herr Paul Michael)).

Einlass 1/2 Uhr. **Nachdem: Ball.** Anfang 1/2 Uhr.

Programme sind für 25 Pf. an der Kasse und beim Kollegen Schladitz, Konsumverein L.-Plagwitz, Comptoir, zu haben. Das Komitee.

Arbeiterführer.

Der im Vorjahr geäußerte Wunsch, den **Arbeiterführer für Leipzig und Umgegend** statt wie bisher im Herbst im Frühjahr erscheinen zu lassen, um das Vorlesungsmaterial zuverlässiger zu gestalten, wurde durch die von mir veranlasste Umfrage bestätigt; er fällt aber auch mit dem Wunsche der Agitationssocietät Sachsen zusammen, die Neuauflagen der Vorstandsmitglieder am Schlusse jedes Kalenderjahrs bez. bald danach vorzunehmen. Aus diesem Grunde soll der Arbeiterführer **fortan zu Ostern erscheinen**.

Un sämtliche Vereine, die bisher im Arbeiterführer verzeichnet waren, sind im Laufe der Woche **Korrekturbogen** versandt worden.

Um nun die Angaben über Vereine und Vereine, sowie das Adressenmaterial so zuverlässig wie möglich zu gestalten, bitte ich alsbald die **Korrekturbogen zurückzusenden und mir über Neubildungen von Vereinen, mit Angabe der Vorstände, Mitteilungen zu machen**. Die Genossen der Orte, in denen im Winter 1900/1901 und 1901/1902 für die Sozialdemokratische Siegreiche **Gemeinderatswahlen** (auch Ergänzungswahlen) stattgefunden haben, bitte ich, mir über das Resultat dieser Wahlen umgehend Nachricht zu geben. In Frage kommen die Gemeinden des 11., 13. und 14. Wahlkreiswahlkreises.

Ebenso bitte ich, mir Wünsche über die Weiterausgestaltung des Arbeiterführers zu erkennen zu geben.

Der Verlag des Arbeiterführers

Rich. Lipinski, Leipzig, Langstr. 27, II. pt.

Neue Bewirtschaftung.

8 Diamant-Schänke 8

Reichsstrasse.

Morgen Dienstag und folgende Tage:

Grosse Bockbier-Feste.

Ausschank des brillanten Bockbieres der Kapuziner-

1847] Brauerei A.-G. Kulmbach.

Musikalische Unterhaltung. Vorzügliche Röcke.

Um gütigen Zuspruch bittet Max Huhn.

Römischer Hof.

Leipzig, Mittelstrasse. [1840]

Morgen Dienstag

1. humorist. Bockbierfest.

Es lädt ergebnis ein

H. Thieme.

Fortuna.

Neuschönfeld Ecke Clara- und Friedhofstrasse.

Morgen Dienstag

Gr. Fastnachts-Ball

Gohlis. Restaurant Marienburg Gohlis.

+ Ede Marien- u. Blumenstrasse. +

Dem geehrten Publikum zur Nachricht, daß ich am 1. Februar das Restaurant zur Marienburg übernommen habe. Bitte mich auch in meinem neuen Unternehmen zu unterstützen.

Hochachtungsvoll

Otto Reinhardt, Ede Marien- u. Blumenstr.

(früher Historische Oberschänke).



Wo ist der Gasthof z. Reiter, Döllitz.
Reiter? Morgen Dienstag (Fasnacht)
Grosser Fastnachtsball
verbunden mit Bockbier-Ausstich.
Hierzu empfiehlt selbstgebäckene
Pfannkuchen.
Es lädt freundlich ein
Bernh. Klühn.

Mehrere Speisekartoffeln, mehrere, 10 Pf.
10 Pf. 25 Pf., Mehl 15 Pf. empfiehlt
Rob. Höppner, Lindenau, Nurellensstr. 37.

Verantwortlicher Redakteur: Erich Seeger in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

Jede Hausfrau verlangt „MOHRA“ BUTTER.

einzig bester und billigster Ersatz für BUTTER.

Bücher kaufen und liefern Krüger & Co., Kurprinzstr. 12, Konkursmassen-Ausverkauf.

Die großen Lagerbestände in Kinders- und Wirtschaftsschriften sowie Wollunterteile der in Ronneburg befindlichen Firma Weigler & Reich werden jetzt Kolonnadenstrasse 9 mit 25 Prozent Rabatt auf Etagenpreise [1850] von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—8 Uhr aufverkauft.

Paul Gottschalch, Konkursverwalter.

Warzen und Gewichse befeiligt: Ernst Ulrich, Barbier

die Molte- und Brandverwirker,

Bein-Haut-Geschlechtsleiden

ohne Verkümmern, gewissenhaft, distret Schmidt, Königsviertel 4, II. 9.; 68.

Käufe und Verkäufe.

Sichtung! Familiengärten werden ausgegeben

Sellerhausen, Gartenkolonie Schill.

Zu erfragen bei H. Barth, L-Seller-

hausen, Grenzstraße 14, II.

Gelegenheitsläden: Sofa, wie neu, für

15 M. Dufourstr. 34, Sout.

Gebr. Kleiböhr, Ottom., Bettst. m. Matr.

b. zu verl. Lind., Gutsmuthstr. 31, h. I.

Ottomane, altem. neu, alter Kleiderkram

o. versch. d. zu verl. P. Viktorstr. 18, II.

Ein gebrauchtes Sofa zu verkaufen

Lindenau, Luppenstr. 16, I. 1.

Prachtv. Ober-, Unter- u. Räumen, sowie

W. Bettst. m. Matr., zuf. flr 27, 4, sofort zu verkaufen. Sidonienstraße 35, pt. I.

1 Bettstelle mit Matratze billig verl.

Plagwitz, Ischwersche Str. 20, Tr. A, II.

Gebr. Möbel u. Hobelbank sofort billig zu verkaufen Katharinenstr. 14, II. 1.

Münder Kinderwag. 5, 4, Kinderst. 2, 50, 5 zu verl. Gerberstr. 5, Tr. D, II. Neubert.

Schw. Konfirmandenbett billig zu verkaufen Volkmardorf, Luisenstr. 58, I. L.

Lipz.-Tullnau für 3 zu verkaufen Plagwitz, Jahnstr. 28, II. r.

1500 leere Cigarettenfilter bld. zu verkaufen Gerberstr. 15, Hinterhaus, im Geschäft.

3. Tauben, auch einz. u. Höhner zu verkaufen Körnerstr. 39, III. I.

Bücherschrank oder Bettst. wird zu kaufen gesucht. Offerten unnt. D. 50 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Wohnungsanzeigen.

Schönes Logis zu vermieten [1258]

o. Kleinischöcher, Klingensstr. 46, I.

Logis, der Neuzelt entspr., zu verm.

Stünz, Karl-Härtig-Str. 12, (Neubau.)

Lindenau, Georgstraße 27, sind

Wohnungen, 350—400 M., per sofort oder Oster zu vermieten.

Sch. Wohnung so. später zu vermieten Kleinschöcher, Schönauer Weg 23.

Freundl. möbl. Stube für Herrn zu vermieten König-Johann-Str. 10, IV. r.

Leere 2 Fenstr. Stube m. Kochofen so. zu vermieten Deltscher Str. 160, III. I.

Leere Stube mit Ofen zu vermieten Lindenau, Marienstr. 15, I. König.

Leere Stube an einz. Person zu vermieten Neustadt, Heußstr. 12b, I. I.

Leere Stube sofort ob. später zu vermieten Lindenau, Leußscher Str. 19, III. r.

Freundl. Schlafräume f. 2 Herren so. zu verkaufen Plagwitz, Gießerstr. 88, I. Böhme.

Frdl. Schlafräume für Herrn zu vermieten Körnerstr. 48, III. r.

3. Kaufmann f. z. 1./3. Nähe Marienpl. 1-2 möbl. Zimmer. Off. 0. 8, 25 Hauptpost.

Familienanzeigen.

Es gratul. ihrem L. Vater Karl Entz. Ge-

richt. M. P. J. M. P. um 3 Krummber-

Ihrem L. Papa Max Brückner grat. zum Ge-

eburtstage Ella, Arthur, Paul u. Maria-

Dr. Linke d. best. Glück- u. Segenswünsche

zum 48. Geburtstage. Familie Linke.

Uns. Freund M. Wagner grat. zu s. heutigen Wiesenfesten. Mu. rate mal.

Anna Biebrich geb. Wunderlich im Alter von 42 Jahren nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Stötterly bei Leipzig, am 9. Februar 1902. [1342]

Hermann Biebrich nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Dienstag nachm. 3 1/2 Uhr vom Trauerhause, Stötterly, Mittelstr. 50, aus statt.

1. Beilage zu Nr. 33 der Leipziger Volkszeitung, Montag, 10. Februar 1902.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

der Militärgesetzgebung und beschwert sich über den Export österreichischen Pferdematerials nach Südafrika, wodurch die Schuhfertigkeit der Armee leide.

Nachdem noch Generaldirektor Pospisil gegen die Vorlage gesprochen hatte, wurde die Verhandlung auf nächsten Donnerstag verlegt.

Die altdutsche Vereinigung giebt bekannt, die Ostdeutsche Rundschau sei nicht als Organ der Partei zu betrachten; sie mache einen Preisausschuss, der die Frage ihrer Vertretung durch die Presse erwägen soll.

Die Ostdeutsche Rundschau ist eine Wiener Tageszeitung, die von W. G. Wolff geleitet wird. Sie ist das einzige Organ der Altdutschen, das ein gewisses Ansehen und einige Einfluss besitzt.

Soziale Rundschau.

Wirtschaftliches.

a. b. Konkurs. Hera, 10. Februar. (Privattelegramm.) Über die große Schuhwarenfabrik Adolf Zimmer in Weida wurde der Konkurs eröffnet. Der Status liegt noch nicht vor, doch werden die Passiven voraussichtlich über 300000 Mk. betragen.

Preiserniedrigung für Braunkohlen. Aus Köln wird berichtet: Die bissigen Blätter melden, daß das Braunkohlen-Syndikat, um die bisherigen Preisunterschläge im Braunkohlen aus der Welt zu schaffen, beschlossen hat, den Preis für sämtliche Marken um 10 Mk. für den Doppel-Wagen vom 10. Februar ab zu erniedrigen.

Die Zuckerprämien in Gefahr. Aus Berlin wird berichtet: Heute hat hier die Zusammenkunft von Vertretern der deutschen und österreichisch-ungarischen Zuckerindustrie stattgefunden, um einen Gebrauchsauftausch über die kritische Lage, in der sich die Zuckerverarbeitung befindet, zu führen. Veranlassung zu dieser Besprechung boten die Nachrichten, die über die Brüsseler internationale Prämienkonferenz verlaufen und dahin gehen, daß England die bestehenden Ausfuhrprämien und Zuckertarife durch Strafzölle zu unterbinden droht. Nach sehr reißerischer Erörterung sämtlicher Möglichkeiten, die sich auch bei Ausführung der englischen Drohungen ergeben könnten, gelangte die Versammlung zu dem einmütigen Entschluß, alles aufzubieten, daß in der schweren Krise, die über die Zuckerindustrie gebrungen, jede Anerkennung der bestehenden Prämien und Zollverhältnisse sowohl, als auch der inneren Organisationen der Zuckerindustrie vermieden werden muß, wenn nicht auf Jahre hinaus verhängnisvolle Folgen für Zuckerindustrie und Landwirtschaft heraufbeschworen werden sollen. Bei der vollständigen Gleichartigkeit der Interessen der Zuckerindustrie in Österreich-Ungarn und Deutschland hat es die Versammlung für zweckmäßig erachtet, den Regierungen ihren Standpunkt zur Kenntnis zu bringen und die Erwartung auszusprechen, daß nichts unternommen werde, was die Lebensbedingungen der Zuckerindustrie und der Landwirtschaft unheilvoll treffen würde. — England könnte leicht die ganze Prämienpolitik verantwirten.

Die Errichtung einer großen Schiffswerft nach amerikanischem Muster auf deutschem Boden planen die Cramps in Philadelphia, die bedeutendsten amerikanischen Schiffsbauer, und Sir Edward Reed, bis vor kurzem Chefkonstrukteur der britischen Marine. Ein von ihnen gesandter Vertrauensmann hat in den letzten Tagen sich durch Vermittlung einer großen hiesigen Bank das Vorlaufsrecht auf geeignete Terrains in der Nähe von Stettin und Kiel gesichert.

Aufstand von Kohlenseltern durch die preußische Regierung. Im preußischen Abgeordnetenhaus erklärte Handelsminister Möller, dem Hause werde voraussichtlich in allerdringlicher Zeit eine Vorlage zugehen, in der für den Aufstand von Kohlenseltern in Westfalen etwa 55 Millionen Mark gefordert werden.

Sozialpolitisches.

Die Errichtung einer Arbeiterkammer hat Genosse Stolten in der hamburgischen Bürgerschaft beantragt. Zur Begründung rief Stolten darauf hin, daß in Hamburg die Großausleute in der Handelskammer, die Gewerbetreibenden in der Gewerbeleammer und die Detailisten in der fürstlich geschaffenen Detailistenkammer eine öffentliche Vertretung haben. Nur die Arbeiter, der weltweit größte Berufstand Hamburgs, erinnerte bis jetzt einer solchen.

Nachdem Stolten die Aussage einer solchen Arbeiterkammer auf dem Gebiete der Erforschung der sozialen Zustände, der Bezugnahme sozialpolitischer Maßregeln, der Arbeitsvermittlung bestreitet, schloß sich ihm der Antisemit Schack an, der gleichzeitig die Errichtung einer Kammer für Handlungsgesellen beantragte. Die weitere Debatte wurde vertagt.

Gewerkschaftliches.

a. Die streikenden Gasarbeiter von Turin sind durch Soldaten, Feuerwehrleute und städtische Arbeiter erlebt worden. Die sozialistischen Gemeinderäte haben sich an den Magistrat gewandt mit dem Ersuchen, die städtischen Arbeiter nicht als Streikbrecher

zu verwenden, vom Minister haben sie die Zurückziehung der Soldaten verlangt. Das Ministerium bat dies aber abgelehnt.

ac. Zur Bewegung der italienischen Eisenbahner. Zur Zeit finden im Ministerium für öffentliche Arbeiten wieder Verbündungen statt zwischen diesem und den Direktionen der Gesellschaften. In einer Reihe von Forderungen wollen die Kompanien ganz oder teilweise nachgeben; das Ministerium ist nach wie vor sehr bemüht, den Ausstand möglichst zu vermeiden.

Die Aufsichtsratsmitglieder der Treberetrognungs-Aktiengesellschaft auf der Anklagebank.

H. F. Kassel, 8. Februar 1902.

Sechster Tag der Verhandlung.

Der erste Zeuge ist Fabrikbesitzer Brand (Dortmund): Ich bin bereits mit dem Vater des Angeklagten Schulze-Dellwig bekannt gewesen. Der Sohn, jetzige Angeklagte Schulze-Dellwig, ist ein vollendeter Ehrenmann, der einer unrechtmäßigen Handlung nicht fähig ist. Vors.: Sind Sie der Meinung, daß Schulze-Dellwig im Stande ist, in Buchungen einzudringen und Bilanzen auf ihre Richtigkeit zu prüfen? Zeuge: Das glaube ich nicht. Ganz besonders wäre Schulze-Dellwig nicht im Stande, eine Bilanz zu prüfen, wenn dieselbe gefälscht ist. Schulze-Dellwig hätte für die Entwicklungsfähigkeit der Treberetrognungs-Gesellschaft die rosigsten Hoffnungen. Vert. Justizrat Dr. v. Gordon: Herr Zeuge, Sie sind Vorsitzender des Aufsichtsrats des Dortmunder Bankvereins. Halten Sie Ihre Aufsichtsratssitzungen in Gegenwart des Vorstandes ab? Zeuge: Gewiß, der Vorstand soll ja in den Aufsichtsratssitzungen über die Geschäfte der Gesellschaft Auskunft geben. Vert.: Halten Sie es für zulässig, daß, wenn eine Gesellschaft zwecks Erweiterung ihres Betriebes ihr Kapital erhöht, sie in demselben Jahre eine hohe Dividende zahlen darf? Zeuge: Ja gewiß, die Verteilung der Dividende ist lediglich abhängig von der Höhe des erzielten Nettogewinns und vollständig unabhängig von der Notwendigkeit der Kapitalerhöhung. Vert.: Halten Sie auch die Verteilung einer Dividende für zulässig, wenn die Gesellschaft genötigt ist, zwecks Auszahlung der Dividende sich durch Inanspruchnahme des Bankredits oder andere Mittel sich das Geld zu beschaffen? Zeuge: Jawohl, die Notwendigkeit, die Gelder zur Dividendenzahlung durch Inanspruchnahme von Bankrediten zu beschaffen, ist doch vielfach vorhanden. Vors.: Mügte es aber nicht auftreten, daß, obwohl die Gesellschaft sich durch Kapitalerhöhung Geld beschaffen müsste, sie gleichzeitig 50 Prozent Dividende verteilt? Zeuge: Ich habe bereits gesagt, daß die Dividendenzahlung lediglich von dem erzielten Nettogewinn abhängig zu machen ist. Vors.: Sollte nicht, angeblich des noch zwecklos vorgelegten Misverhältnisses, den Aufsichtsräten betreffs der Höhe der Dividende ein Verdacht aufgestiegen sein? Zeuge: Ein solcher Verdacht konnte deshalb nicht entstehen, da die Trebergesellschaft stets hohe Dividenden verteilt hat.

Vert. Justizrat Dr. v. Gordon: Hat nicht auch der Dortmunder Bankverein der Trebergesellschaft Kredit gewährt? Zeuge: Jawohl, anfänglich, als aber die fortgesetzten Zeitungsangriffe erschienen, die nicht widerlegt wurden, da haben wir die Geschäftsverbindungen mit der Trebergesellschaft abgebrochen. Vert. Justizrat Caspari: Ist dem Herrn Zeugen bekannt, daß die Auerische Glühlampen-Gesellschaft 75 Prozent gezahlt hat? Zeuge: Jawohl, Auer hat stets eine sehr hohe Dividende gezahlt. Vert.: Und es ist noch heute eine prosperierende Gesellschaft? Zeuge: Jawohl. Vert. Justizrat Dr. v. Gordon: Hat Herr Schulze-Dellwig jemals an der Börse spekuliert? Zeuge: Niemals. Angell: Schulze-Dellwig, Herr Zeuge, ein Sohn von Ihnen war zwei Jahre Beamter der Trebergesellschaft. Ich kam mit dem jungen Herrn vielfach zusammen. Wenn in der Trebergesellschaft etwas Unrechtes geschehen wäre, würde das Ihnen nicht Ihr Sohn schleunigst mitgeteilt haben? Zeuge: Zweifellos. Auf Fragen des Vert. Justizrat Dr. v. Gordon bemerkte der Zeuge noch: Er kennt auch den Angell. Otto. Auch dieser sei ein vollendet Ehrenmann.

Der folgende Zeuge, Rechtsanwalt Dr. Weis (Kassel), ist Konkursverwalter der Hermann Sumpfschen Firma. Hermann Sumpf besaß beim Ausbruch des Konkurses der Trebergesellschaft 470 alte und 1588 junge Teberaktien; davon war eine Anzahl an Direktor Schmidt zwecks Lombardierung und eine Anzahl der Leipziger Bank als Garantie übergegangen. Der Angeklagte habe einige Male Aktien verkauft und wieder gekauft. Als die Aktien kurz vor dem Zusammenbruch der Trebergesellschaft einen großen Aufschwung erzielten, wollte Hermann Sumpf wiederum einen großen Posten Aktien kaufen, in der ausgeschöpften Absicht das Unternehmen, wenn möglich zu halten und den Konkurs zu verhindern. Er habe die Überzeugung erlangt, daß Hermann Sumpf nicht zum Zwecke der Spekulation Teberaktien hatte.

Der folgende Zeuge ist Verbaufsekretär Lönnagel: Dieser giebt auf Fragen des Vert. Justizrat Dr. v. Gordon zu, daß er an seinen Bruder nach Amerika geschrieben habe; er könne über die Trebergesellschaft so manches sagen. Der Zeuge bestätigt abschließend: Schmidt habe stets den Geschäftsbereich und die

Bilanzen vollständig fertig gemacht und diese im letzten Augenblick den Aufsichtsratsmitgliedern zur Unterschrift vorgelegt. Schmidt sagte oftmals: Er frage den Aufsichtsrat überhaupt nicht, sondern mache, wie es ihm gut dünkt. Angell: Schulze-Dellwig: Hier Zeuge, ist es richtig, daß ich 1895 Ihren Herrn Bruder mit dem Auftrage nach Bosnien sandte, sich zu überzeugen, ob dort genügend Holzvorräte zur Holzversorgungsfabrikation vorhanden seien? Zeuge: Jawohl.

Ein weiterer Zeuge ist der Generaldirektor der Harpeney Bergbaugesellschaft Müller. Dieser befand ebenfalls, daß Schulze-Dellwig ein Ehrenmann sei und daß dieser von der Intelligenz der Trebergesellschaft überzeugt war. Schulze-Dellwig habe an dieser seiner Überzeugung auch festgehalten, als er (Zeuge) unter Hinweis auf die fortgeleiteten Preishandels-Debatten geltend machte. Auf Fragen des Justizrats Dr. von Gordon belundet auch dieser Zeuge: Die Dividendenzahlung könnte von der Notwendigkeit einer Kapitalerhöhung in keiner Weise beeinflußt werden. Es sei sogar zulässig, daß Geld zur Dividendenzahlung durch Kapitalerhöhung zu beschaffen.

Kaufmann Thorbecke-Kassel, der danach als Zeuge erschien, befand: Er sei mit noch zwei anderen Mitgliedern der hiesigen Handelskammer nach Nantes gereist, um das dortige Werk in Augenschein zu nehmen. Er habe mit seinen beiden Kollegen den Eindruck gewonnen, daß dies Werk ein durchaus rentables und entwicklungsfähiges war. Konkursverwalter Justizrat Fricke stellt fest, daß das Werk zu Nantes 1899 einen sehr ungünstigen Abschluß gemacht habe.

Ein weiterer Zeuge ist Bankier Blumenthal (Kassel): Er habe 1899 der Generalverammlung der Trebergesellschaft beigewohnt. Zu dieser haben, mit Ausnahme des Vertreiters der Tochtergesellschaft in Genua, die Vertreter aller Tochtergesellschaften berichtet, daß ihre Werke durchaus rentabel seien und die besten Aussichten für die Zukunft bieten. Diese Berichte deckten sich im wesentlichen mit dem Geschäftsbereich. Er habe daher die Überzeugung erlangt, daß die Geschäftslage der Trebergesellschaft durchaus günstig und die Preishandelsfälle vollständig grundlos seien. Handelschuldbildirektor Dahlkopf und Kaufmann Schlieper (Kassel) bemerkten darauf: Es sei wohl zulässig, Werte bei der Einstellung in die Bilanz herabzuziehen, niemals aber über die Höhe der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten in die Bilanz zu stellen. Es sei unzulässig, Verlustbilanzen aufzustellen, um eine Bilanz nach Wunsch zu erzielen. Gerichtlicher Bücherevisor Kruse (Berlin): Er stimme den Kollegen bei, er halte es aber für zulässig, wenn z. B. ein Gewinn von 10 Prozent ergibt sei, 6 Prozent als Dividende zu verteilen und 4 Prozent in Reserve zu stellen. Das Handelsgelehrbuch schreibe ja ausdrücklich vor, daß Erschöpfung nicht über den Anschaffungs- bzw. Herstellungspreis in die Bilanz gestellt werden dürfen.

Oberbuchhalter Stiel befand auf Fragen: Auf Anordnung des Direktors Schmidt würden Erschöpfungen zu dem vorzugsäßig zu erzielenden Verkaufspreis und auch verlaufte Werte als Altium gebucht, für die Buchung noch nicht eingegangen war. Bücherevisor Kruse: Eine solche Buchung kommt mit so vor, als wenn ein Baumleiter sich ein von ihm gebautes Haus zu dem Preise berechnen wollte, wie er das Haus zu verkaufen hofft. Dies und die Buchung von noch nicht eingegangenen Werten als Altium ist selbstverständlich eine Verfälschung, ja eine offenkundige Fälschung, die allerdings selbst ein Büchereivor nicht herausfinden könnte. Die Angeklagten erklären übereinstimmend: Sie haben von dieser Buchung, die sie ebenfalls als gemeinsame Fälschung bezeichnen müssen, nicht die geringste Kenntnis gehabt. Angell: Schulze-Dellwig: Ich weiß von der ganzen Sache gar nichts. Herr Stiel kann ich nicht. Ich habe mich einmal erkundigt, was das für ein Herr sei. Es wurde mir berichtet: „Stiel ist ein ängstlicher, sorgfältiger Kerl.“ (Heiterkeit.)

Es wird danach eine längere Briefe verlesen. Als der Angeklagte Otto in Amerika war, schrieb er an Schmidt: „Ich bin bereits moralisch so gesunken, daß ich mit nichts daraus machen würde, daß einen Apparat anzuschmieren.“ Der Verteidiger Justizrat Dr. Hartwig stellt fest, daß es sich hierbei um einen Ottochen und nicht um einen Bergmannischen Apparat handelt. Angell: Otto: Ich habe in Amerika so furchtbar viel Vergnügung gehabt, daß ich ganz verzweifelt war. In dieser Stimmung habe ich etwas geschrieben, daß ich selbstverständlich niemals ausgeführt hätte.

Es tritt eine kurze Pause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird mit der Vorlesung der Briefe fortgesetzt. Es werden zunächst einige Briefe, die Hermann Sumpf an seinen Bruder Arnold geschrieben, verlesen. In einem dieser Briefe heißt es: In dem Büchern scheint nicht alles in Ordnung zu sein, auch die Bilanz scheint nicht zu stimmen. Ob Schmidt davon Kenntnis hat, kann ich nicht sagen. Ich traue ihm aber zu, daß, wenn die Bilanz nicht stimmt, er sie stimmend macht. In einem weiteren: Ich halte Schmidt nicht für zuverlässig. Hermann Sumpf bemerkt: Er habe nur ausdrücken wollen, daß Schmidt es mit der Buchung nicht ganz genau nehme, von einer Fälschung hätte ich keine Ahnung. In dem zweiten Briefe wollte ich ausdrücken, daß Schmidt ein großer

einen schönen Scene wegen in dieser Oper so viel des Langweiligen, Widerständigen und Geschwindlosen mit in den Kauf nehmen muß, besonders wenn eine Königin vom Schlag des Frl. Petrin und als Marcell Herr Frick auf der Bühne steht. Da wirken die banalen Weisen Meyerbeers doppelt schlimm. — Mit Freuden könnten wir in der Rolle des Pagen eine alte Bekannte, Frl. Olga Isler, wieder einmal begrüßen, die gegenwärtig am Herzog. Hoftheater in Gotha engagiert ist und an unserer Bühne in letzter Zeit in einigen Operettenrollen ausgeholzen hat. Frl. Isler sang den ersten Auftritt des Pagen wie früher, mit ihrer klaren, reinen und gut geschnittenen Stimme. Willentlich sehen wir sie auch wieder einmal in einer größeren Rolle. H. M.

Altes Theater. (Komödien Guckel von Schönthan und Kabelburg. Gastspiel des Fräulein Juli Serda vom Königl. Hoftheater in Dresden.) Fräulein Serda hat im November im Carola-Theater mit viel Glück und Erfolg den Vittorino in Renaissance gespielt. Welt größer aber ward ihr Erfolg gestern, da sie im Alten Theater die Komödie Guckel spielte. Hier können sich die Schauspieler ganz in ihrem Element zu fühlen und ihre frische sicher zugreifende Darstellung wirkte einfach zwingend, so zwingend, daß man Augenblicke lang vergessen konnte, wie sie doch nur dazu diente, einer schlechten, albernen Komödie auf die Neine zu helfen. Fräulein Serda hatte von der Wienerin mehr als nur Mündart; in ihr sind wirklich alle Geister des Praters und der Kärtnerstraße lebendig.

Vorher gab man Schnitzlers gefährliche Kleine Anatol-Komödie: Die Frage an das Schicksal. Die Beziehung ist bekannt; aber gerade im Gegensatz zu dem Urwienertum des Fräulein Serda erfreut das Spiel des Herrn Otto als Anatol völlig unzureichend. Anatol ist ein Wiener, ein Jungvolkener; intelligent, hybratisch und voll lebenswürdiger Spleiße. Anatol ist definitiv Arthur Schnitzler selbst. Wenn dieser Anatol darauf verzichtet, Kora in der Hypnose nach ihrer Kreue zu fragen, so thut er das nicht, weil die Liebe über eiserne Fäuste siegt, wie es nach Herren Ottos Darstellung idealen möchte. Dieser Sieg ist vielleicht ein Sieg der Überlegung über das Gefühl, ein Sieg der Sophistik, die es sich mit subjektiven Werten genügen läßt, weil es für sie keine objektiven fiktiven Wahrheiten gibt, ein Sieg der Bobomie über das Phänsterium. Anatol ist raffiniert geistreich. Herr Otto ist das Gegenteil davon. Die Gegenjäger berühren sich; man kann's schlechthin nicht mehr. f. s.

Neues Theater. (Rosenmontag von O. E. Hartleben. Hans Haderott Herr Hahn vom Deutschen Theater in Berlin als Frl.) Wenn ich noch einmal in den Rosenmontag muss, und ich bekomme es übers Herz und geh' wirklich noch einmal hinzu, will ich um die Verleihung einer Medaille für treu erfüllte Dienste bitten. Aber neber ist mit keine Medaille und kein Rosenmontag mehr! Diese falsche Theatralit, diese ausgerechneten Effekte, wenn man da still stehn muss und muß das über sich ergehen lassen! Irrgendo in meiner Nähe fahrt irgend ein dicker Herr und heult wie ein Kettenhund. Er braucht sich nicht zu schämen. Jeden, der den Rosenmontag zum erstenmal sieht, greift er ein bißchen an die Brüderbräuse. Aber während die Gestalten echter Kunstwerke auch zum tausendstimal noch lebendig bleiben, röhren und erheben, starren einen hier schon beim zweitemal die starren wässernen Augen entgegen. Beim fünften oder sechstenmal überkommt einen aber eine — wie soll ich sagen — eine gottergebene Stimmung. Man hört still, bis es vorüber ist.

Vielleicht wäre dieser Eindruck minder bestimmt und minder überdrückend gewesen, wenn sich nicht die Reihe der Haderott's in höchster Richtung bewegt hätte. Herr Hahn hat mich ganz peinlich unangenehm überrascht. Ich hätte ihm nach seinem Romeo, so ansehbar er auch nach mancher Richtung gehen ist, immerhin mehr zugetraut. War es nun Stimmung, denn gestern auch wieder prächtig. Nur schade, daß man dieser sich so auch spielen, aber Schnitzler ist das nicht mehr. f. s.

Critik sei. In einem weiteren Briefe heißt es: Ich traue dem Schmidt nicht. Wenn ich dies und die politischen Entwicklungen und endlich in Betracht ziehe, daß die Prehangriffe kaum aufhören dürften, so empfiehlt es sich doch, mit dem Verkauf der Aktien fortzufahren. Der Kurs steht jetzt 470 Prozent. Es dürfte sich empfehlen, event. auch unter diesem Kurs Aktien abzugeben. Hermann Sunwurf bemerkt: Die politischen Verhältnisse und die fortwährenden Prehangriffe, ganz besonders über der Umstand, daß er Baugelber bedürfen, haben ihn veranlaßt, Aktien zu verkaufen. Vert. Justizrat Dr. Harnier weist darauf hin, daß, wenn der Angeklagte nicht unter dem Kurs von 470 Prozent verkaufen wollte, er das Unternehmen doch für sehr rentabel halten müßte. Weiter schreibt Hermann Sunwurf an seinen Bruder Arnold: Hoffentlich steigt der Kurs auf 900—1000 Prozent. Alsdann wollen wir aber verkaufen; man darf doch die politischen Verhältnisse und die Prehangriffe nicht unberücksichtigt lassen. Hermann Sunwurf bemerkt: Zu jener Zeit haben die Aktien bereits nahe 900 Prozent notiert. Ich glaube, die Aktien würden den Kurs von 900 Prozent sehr bald erreichen. Die großen Geschäfte waren abgeschlossen, es war daher zu erwarten, daß, wenn dies in der Öffentlichkeit bekannt werde, der Kurs weiter steige. Ich wollte selbstverständlich zu hohem Kurs etwas von meinem Aktienbestand abstoßen, zumal ich nötig Geld brauchte. — In einem von Otto an Schulze-Döllwig gerichteten Briefe heißt es: Ich gehe mit Ihnen durch Dic und Dünn. In einem ferneren Briefe: Sie beiden seien anderen Freunden, der mit Ihnen so sehr durch Dic und Dünn geht, wie ich. Otto bemerkt hierzu: Diese Bemerkung sei nur eine Nebensatze, die selbstverständlich nicht ausdrücken soll, daß er Schmidt auf einem unrechtmäßigen Weg folgen wollte. Ein weiterer Briefen geht her vor, daß die Angeklagten Sunwurf schon 1898 Misstrauen betreffs der Trebereienlichkeit der Trebereien hatten. Schulze-Döllwig schreibt an Schmidt: Wie steht es mit der Leipziger Bank? Das ist mein Schätzgegenstand, daß mich Tag und Nacht verfolgt. Schulze-Döllwig bemerkt: Er habe auf Veranlassung Schmidts der Leipziger Bank Wechsel in der sicheren Voraussetzung gegeben, daß der Kurs der Trebereien nicht heruntergehen werde. Nun sei aber der Kurs heruntergegangen und Direktor Erner drängte auf Zahlung. Er war auch zur Zeit frank und hatte schlaflose Nächte. In solcher Lage hält man eine Miete für einen Elefanten. In weiteren Briefen erwähnt Schmidt Schulze-Döllwig, ihm Rechte zu geben, er wolle diese zweckdienliche Erzielung einer besseren Bilanz der Leipziger Bank in Depot geben. Schulze-Döllwig erklärte sich dazu bereit und schrieb an Schmidt: Hoffentlich wird doch in Ihrem Geheimbüro strengstes Stillschweigen beobachtet werden. Auch von Otto verlangte Schmidt die Aussöhnung von Rechten mit dem Bemerkten: Ich will darum eine Verringerung der Debitorien erzielen. Dies thun alle Banken, ich werde es in Zukunft auch so machen. Otto erklärt, er habe dem Verkäuferen Schmidt entsprochen, sich aber nichts dabei gedacht.

1898 erstattete Schmidt an die Aussichtsratsmitglieder einen längeren Bericht, in dem es heißt: Die Neuemission von 2.100.000 Mark junger Aktien habe der Gesellschaft noch lange nicht die erforderlichen Geldmittel gebracht. Es sei noch immer ein bringender ungedeckter Geldbedarf von 3.800.000 Mk. vorhanden. In einem Brief des Schmidt an Schulze-Döllwig wird das Bergmannsche Patent in rosigster Weise gelobt und gesagt: Wenn sich das alles so verwirklicht, dann haben wir mehr als das große Los.

Die Verhandlung wird hierauf gegen 3½ Uhr nachmittags auf Montag, vormittags 9 Uhr, verlagt. Es gilt nunmehr als sicher, daß Direktor Schmidt nicht als Zeuge erscheinen und auf diesen verzichtet werden wird. Da nur noch wenige Zeugen zu vernehmen sind, so ist mit Bestimmtheit Dienstag das Ende des Prozesses zu erwarten.

Der Krieg in Südafrika.

Die Friedensfrage.

Private Besprechungen aus dem Haag melden, Attiger versicherte, alle englischen Bemühungen, die europäische Burenvertretung zu isolieren und nur mit den im Felde stehenden Burenführern zu unterhandeln, würden an dem Umstände scheitern, daß die Generäle unter keinen Umständen allein mit England über den Friedensschluß verhandeln würden, weil vor der Abreise kriegerisch nach Europa bestimmtene Abmachungen mit den Generälen dorthin getroffen seien, daß keiner von den beiden Teilen allein über den Abschluß des Friedens disponieren werde. Solange England das Stabell nicht frei gebe, könne von ernsthaften Friedensverhandlungen keine Rede sein. Eine Verständigung zwischen den europäischen Delegierten und den Generälen sei heute die Vorbedingung für alle Unterhandlungen, die zu Waffenstillstand oder Frieden führen sollten.

Ein Kesselschlau gegen Dewet.

Aus Wolvehoek (Oranjestaat) wird gemeldet: Nach mehrtägigen Operationen östlich von Liebenberglooi und dem Wilge-Kloof brachen sämtliche englischen Truppen in der Nacht auf den 6. Februar aus verschiedenen Richtungen auf und bildeten eine zusammenhängende Linie von Berittenen auf dem Westrande von Liebenberglooi, von Frankfort südlich bis Ronnichome und Rasirkop. Die ganze Linie ging westlich bei Tagesanbruch am 6. Februar vor und besetzte die Linie von Holland an der Blochhauslinie Heilbron-Frankfort bei Doornstroom und an der Blochhauslinie Heilbron-Frankfort bei Doornstroom und Lindley. Auf der ganzen Linie standen während der Nacht verschante Vorposten, die 50 Yards voneinander entfernt waren. Andere englische Kolonnen operierten in der Front, um ein Überschreiten der Linie durch die Buren zu verhindern. Diese Kolonnen rückten bei Tagesanbruch auf der Straße von Heilbron nach Doornstroom und am folgenden Tage nach der Eisenbahn-Blochhauslinie vor, die verstärkt war, um einen Durchbruch zu verhindern. Am 6. Februar befand sich Dewet innerhalb dieser Umsperre; er befahl seinen Leuten, sich in kleine Trupps zu zerstreuen. Er selbst marschierte mit wenigen Mannschaften und einer Viehherde auf die Blochhauslinie Heilbron-Lindley, trüb in einer sehr dunklen Nacht das Vieh gegen den Drahtzaun und brach mit dem Vieh durch; er verlor 3 Tote sowie 25 Pferde und ziemlich viel Vieh. In der folgenden Nacht wurden noch viele Durchbruchversuche anderer Burenabteilungen gemacht, eine Abteilung verlor 10 Tote bei einem Durchbruchversuch in der Nähe von Heilbron. Insgesamt sollen die Buren 283 Tote, Verwundete und Gefangene verloren haben, ebenso 700 Pferde und viel Vieh. Die englischen Verluste betrugen 10 Mann.

Daily Telegraph berichtet aus Wolvehoek unter dem 9. d. M.: Dewet ist durch die Blochhauslinie durchgebrochen, die von Heilbron in südöstlicher Richtung nach Lindley führt. Die englischen Truppen sauberten den Distrikt noch von einzelnen zerstreuten Buren. Das große Kesselschlau war schon gestern abend beendet; Kitchener besichtigte selbst den Schauplatz der Ereignisse. Der Feind steht nun, mehrere Hundert Mann stark, nordöstlich von Heilbron, in der Nähe des Paal. — Über den Schauplatz der letzten Ereignisse erschien der Standard: Das Kesselschlau erstreckte sich über ein 100 Meilen langes und 70 Meilen breites

Terrain. Die Zahl der darin befindlichen Buren betrug 2000.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Neorganisation der Oberrechnungskammer. In der Zweiten Kammer des Landtags ist folgender, von den Abg. Opitz und Kellner gestellter Antrag eingegangen:

Die Kammer wolle beschließen:

1. Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen,
1. den Kammer einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der über die Staatshaushaltstabelle und die Stellung der Oberrechnungskammer ähnliche Bestimmungen, wie solche für Preußen und das Reich bestehen, sowie Bestimmungen im Sinne der §§ 1, 19 und 20 des Gesetzesentwurfs vom 18. Oktober 1875 enthält;
2. für den Fall, daß die Einbringung eines solchen Gesetzesentwurfs bereits beim gegenwärtigen Landtag, unthunlich sein sollte, schon jetzt Votesträger zu treffen, daß
- a) die Feststellung der Staatsrechnungen in einer Weise beschleunigt werde, welche es ermöglicht, sie noch vor dem nach § 98 der Verfassungsurkunde dem Landtage über die jedesmalige vorlegte Finanzperiode zu erstattenden Rechenschaftsbericht an die Oberrechnungskammer gelangen zu lassen;
- b) die Oberrechnungskammer veranlaßt werde, die Staatsrechnungen zunächst einer vorläufigen Prüfung zu unterziehen und über die hierbei gemachten allgemeinen Beobachtungen, insbesondere über etwaige größere Staatsüberschreitungen oder außerstaatliche Verschreibungen dem Gesamtministerium noch vor dem Zusammentreffen des Landtags, welchem der Rechenschaftsbericht vorgelegen ist, einen Bericht zu erstatten, und
- c) dieser Bericht der Oberrechnungskammer zugleich mit dem Rechenschaftsbericht dem Landtage vorgelegt werde.

- II. Die hohe erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Die Oberrechnungskammer ist dem Gesamtministerium unmittelbar unterordnet, den einzelnen Ministerien gegenüber selbstständig, beschließt kollegial und besteht aus einem Präsidenten, den erforderlichen Mitgliedern von Staaten und den vom Gesamtministerium auf Vorschlag des Präsidenten beigeordneten Revisions- und Kanzleibeamten. Der Wirkungskreis umfaßt teils die Revision und Justizilation von Rechnungen über Einnahme und Ausgabe von Staatsgeldern und über Ab- und Zugang von Staatsgut, teils die Kontrolle über den gesamten Staatshaushalt durch Nachrevision der bei den Ressortministern nach Revision und Nachprüfung gelungenen Rechnungen. Auf Erinnerungen der Oberrechnungskammer, die durch Schriftwechsel mit dem Ressortministerium nicht zur Erledigung gelangen, entscheidet das Gesamtministerium.

Dies ist die gegezwärtige Funktion der Oberrechnungskammer, des Staatsrechnungshofs, der in allen Staaten von besonderer Wichtigkeit, in Sachsen dagegen eine ganz unbestimmt eingeschätzte Institution ist. In Preußen hat die Oberrechnungskammer die verfassungsmäßige Kontrolle der Staatsrechnungen durch den Landtag zu unterschalten und vorzubereiten, die Rechnungen über den Staatshaushalt zu prüfen und festzustellen; außerdem hat sie die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt, bevor sie dem Landtag vorgelegt wird, mit ihren Bemerkungen zu versehen. Diese Bemerkungen und Erinnerungen gelangen also gleichzeitig mit dem Stat oder einer sonstigen Vorlage an den Landtag. In Sachsen fehlt diese Beziehung zwischen dem Landtage und der Oberrechnungskammer. Ihre ganze Funktion ist heute eigentlich nur formaler Natur.

Bekanntlich hatte der Abg. Göttard in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 20. Januar d. J. eine Anfrage an die Regierung gerichtet, ob sie geneigt sei, den Kammer einen Entwurf über die Oberrechnungskammer vorzulegen, der dem Inhalt nach der Vorlage vom 18. Oktober 1875 entspreche. Es handele sich bei dem Antrag darum, die Rechnungskammer von dem Ministerium unabhängig zu machen und sie in der Weise umzugestalten, daß sie als eine begutachtende Instanz für die ständische Staatskontrolle unabhängig zwischen der Regierung und dem Landtage steht. Die Oberrechnungskammer soll also die wirkliche Bedeutung erhalten, die sie in anderen Staaten auch hat, und die sie zu einer starken Stütze des Budgetrechts des Parlaments macht.

Minister von Weißsch und die Konservativen verhielten sich der Anfrage gegenüber durchaus ablehnend. Wenn die Anfrage sich jetzt zu einem unter konservativer Führung gestellten Antrag verdichtet hat, so geht man gewiß nicht fehl, wenn man annimmt, daß die bekannten Einsilberberichtslinien und die Haltung der Regierung diese Umwandlung bei den Konservativen herbeigeführt haben. Der Antrag kam gleichsam als die Antwort der Zweiten Kammer auf die Ministeriedemission gestellt. Bis jetzt hätte also die Kammer ihre einmal eingenommene Haltung gegenüber dem Ministerium bewahrt. Und das Ministerium?

Folgen der Ministerkrise. Bei der Generalabstktion der Staatseisenbahnen stehen in den nächsten Monaten mehrere Personalveränderungen bevor. Die Herren Geh. Finanzrat Hennigswalde, Geh. Baurat Bergmann, Peters, Oberbaurat Pagenstecher, beabsichtigen in den wohlverdienten Ruhestand (I) zu treten.

r. Eine neue Ministerial-Gutscheidung betr. der Aufhebung des Verbots der Schweineinfuhr ist soeben vom Ministerium des Innern ergangen. Der Stadtrat zu Grimmaischau hatte vor kurzem ein Gesuch an die Regierung gerichtet, die Wiederauflassung der Einfuhr lebender Schweine baldmöglichst anzuordnen. Daraufhin ist ihm soeben durch die Kreishauptmannschaft Zwönitz folgender Entschluß zugegangen:

Dresden, 25. Januar 1902.

Mit Rücksicht darauf, daß noch den von hier aus angestellten Erörterungen die Seuchenhäufigkeit in Österreich-Ungarn, gegenüber dem Stand gegen Ende November vorigen Jahres, sich insofern nicht wesentlich geändert haben, als die Maul- und Klauenseuche, welche vorher gänzlich erloschen war, in Österreich wie in Ungarn neuerlich wieder aufgetreten und in Zusammenhang mit dem Seuchengefahr z. St. (I) davon Abstand nehmen, die Wiederauflassung lebender Schweine aus Österreich-Ungarn wieder zugelassen.

Ministerium des Innern. ges. v. Weißsch.

Bekanntlich spielten noch bis vor kurzem andere als die hier angegebenen Gründe mit, die Schweineinfuhr zu verhindern. Noch vor kurzem hielt es offiziell, daß säkularische Ministerium stehe der Frage nicht direkt ablehnend gegenüber, es sei nur der Reichskanzler, der Schwierigkeiten mache. Graf Bülow wollte das aber auch nicht Wort haben und so

kommt jetzt die Maul- und Klauenseuche dem Herrn v. Weißsch hilfreich entgegen.

Nicht eigenartige Zustände müssen in der Verpflegungsanstalt in Borna bei Leipzig herrschen, wenn ein Artikel in der Deutschen Berg- und Hüttarbeiter-Zeitung hierüber der Wahrheit entspricht. Leute, deren Lebensweise in moralischer Beziehung Anstoß erregt, können auf Anzeige von Familienangehörigen dort zwangsweise untergebracht werden. Aber auch Personen, die durch Krankheit ic. mittellos werden und Unterstützung erhalten haben, können zur Abarbeitung in die Anstalt gebracht werden. So erging es auch einem Mädchen, das sich schon lange in der Anstalt befindet und so lange keine Aussicht auf Erledigung hat, bis es Arbeit und Unterkunft nochweisen kann. Die Deutsche Berg- und Hüttarbeiter-Zeitung veröffentlichte nun zwei Briefe von dem Mädchen, daß viele der Anstaltsinsassen, für Bornaer Grubenbesitzer arbeiten muß. Die Briefe verraten, wenn sie der Wahrheit entsprechen, was der Außenstehende natürlich nicht untersuchen kann, geradezu standalöse Sujette. Der erste Brief lautet:

„An Herrn Wilhelm Rief.“

„Ich möchte darum bitten, wenn sie der Mann sein, der bei S. nach mir gefragt hat, aber nicht weiß wie er es anstellen soll, so soll er so gut sein und bei mir kommen, am besten geht es zu frühstückzeiten, da kann ich mit ihm reden und ich würde mich sehr freuen, wenn sie sich meiner annehmen würden. Es sind bereits schon 9 Jahre, daß ich in dem Hause bin. Das kann sich ein jeder Mensch denken, daß man sich nach der Freiheit sehnt, denn ich bin ja erst 23 Jahre. Das ist doch kein alter, wollen sie nicht kommen so dürfen sie mir bei Gehringer Bürgermeister schreiben, dann komme ich sofort aus dem Hause. Wenn sich nicht fremde Leute in Mittel schlagen sonst kümmert sich kein Mensch um mich, denn das Haus ist ja berühmt am allermeisten graut mir vor den kalten Winter, denn da gibt es weiter nichts als trockenes Brot und Wasser. Da kann man auch in einem Gefängnis sehr viel besser und wird auch bessere Behandlung. Hier gehts gleich frisch aus dem Bett los. Da wird man ange Schnauz wie ein Hund. Vergessen sie meine nicht. Ich werde ihn schon dankbar sein für ihre Behandlung.“

Es grüßt ihn herzlich unbekannterweise Emma Sebastian.

Der zweite Brief ist noch tragischer gehalten. Derselbe ist an die gleiche Adresse gerichtet und lautet:

„Ich möchte ihn doch herzlich drum bitten, daß sie mich noch vor Weihnachten erlösen würden, denn da möchte es ein schon grauen vor den kalten Winter denn da hat man weiter nichts als trockenes Brot und Wasser. Man muß sich nur wundern wie das eigentlich zu gehen ist. Arbeit doch den ganzen Sommer (das Mädchen arbeitet auch als Wasarbeiterin auf einem Kohlenschacht. D. R.). Da hat man doch genug verdient. Und wenn sie einmal in die Anstalt kommen so bitte ich ihnen herzlich drum wenn ich der Inspektor frage, ob sie mich kennen, oder ob sie für mich verpflichtet wollen, so sprechen sie nur ja. Es ist gerade so, wenn man in den kalten Winter aus dem Bett kommt da muß man gleich raus in den kalten die Wäsche aussöhnen wo man noch nichts im Magen hat es ist freilich traurig wenn sich niemand um ein bekümmt das ist einmal nicht anders wenn man niemanden hat.“

Wählen sie es nur so wie ich es Ihnen gesagt habe. Wie viele Male in ich schon ungerechte Strafe bestraft worden. (Auch ist sie auf der Grube schon durch den Anstaltsausseher mishandelt worden. D. R.) Well sie ist aber mit einem machen können, was sie wollen, ich habe schon viel mal gedacht, lieber willst du auf dem Buchhause sein, als hier in den Hause. Man hat weiter nichts als ein und dasselbe immer zu essen. Das bekommt man also einmal überdrüssig. Lieber Herr Rief lassen sie sich gar nichts merken, das ihn diese Zeile mitgeschickt hab.“

Es grüßt ihn herzlich unbekannterweise Emma Sebastian.“

Nun kommt aber das Ulrichsdörfle. Das Mädchen ist während ihres Aufenthaltes in der Anstalt nicht weniger als dreimal Mutter geworden. Hoffentlich führt die Veröffentlichung der Briefe dazu, daß eine energische Untersuchung angeordnet wird.

Über die Besteuerung von Ausländern besteht zwischen Preußen und Österreich ein Abkommen, zwischen Sachsen und Österreich nicht. Nun hat die Anwendung der österreichischen Steuergesetze gegen Ausländer, die in Österreich eine gewerbliche Niederlassung bestehen, vielfach zu Beschwerden sächsischer Staatsangehöriger geführt. Gleichzeitig hat aber auch die österreichische Regierung den Wunsch zu erkennen gegeben, die Besteuerung der Ausländer in Sachsen ebenfalls durch einen Vertrag zu regeln, stellt jedoch dabei die Forderung, daß die Einkommen aus hypothekarischen Forderungen auf österreichische Grundstücke auch dann in Österreich zur Besteuerung gezogen werden sollen, wenn der Hypothekengläubiger außerhalb Österreichs wohnt. Das ist eine Auffassung, die nicht bloß mit dem sächsischen Steuerrecht, sondern mit dem Steuerrecht aller deutschen Staaten, die Einkommensteuer haben, in Widerpruch steht. Überall läßt man das Recht zur Besteuerung des Einkommens an Binsen sich richten nach dem Wohnsitz desjenigen, der dieses Einkommen bezieht. Sachsen hat daher die österreichische Forderung als unannehmbar zurückgewiesen und um eine Abkündigung gebeten, welche der dem internationalen Steuerrecht mehr entsprechenden sächsischen Auffassung Rechnung trifft. Die Verhandlungen schwieben noch.

Dresden, 9. Februar. Die Dresdener Rundschau ist wegen einer biblischen Darstellung, die auf die Ministerkrise Bezug hatte, konfisziert worden.

Glauchau, 9. Februar. Um den viel verbreiteten Gerüchten über den schlechten Geschäftsgang in unserer Stadt entgegenzutreten, erklärte Herr Bürgermeister Brink in der am 5. Februar abgehaltenen Stadtverordnetensitzung, daß die Geschäfte so viel Bestellungen hätten, daß die Fabrikanten Mühe hätten, alle zu bewältigen, und daß die Finanzen der Stadt in die Höhe gingen, so daß die Stadt in der Lage sei, die Steuern herabzusetzen. — Die Erklärung des Bürgermeisters Brink klingt sehr optimistisch!

r. Grimmaischau, 9. Februar. Umsangreiche Steuerhinterziehungen hat sich bereits zum wiederholten Male der Fabrikant P. Hofmann im benachbarten Neustrelitz, der selbst Mitglied des Gemeinderates ist (I), zu schulden kommen lassen. Einmal, 1898, hat bereits der Gemeinderat Wilsde wahlen lassen, so daß der Herr von der Nachzahlung und Strafe verschont blieb. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde jedoch beschlossen, den Mann aufzufordern, die hinterzogenen Beträgen der Gemeinde nachzuzahlen. Von einer Bestrafung sieht der Gemeinderat merkwürdigerweise ab.

so. Aus dem Vogtland, 9. Februar. Zur Lohnbewegung der Textilarbeiter ist heute zu berichten, daß in Mylau u. gestern vormittag bei der Firma Vogt u. Helbig ein Streit ausgebrochen

die Gewohnheit, in der Kneipe mit seinem Gelde zu prahlen und so auch an diesem Abend, wo er die Stellnerinnen dadurch für sich einzunehmen wußte, daß er tüchtig zum besten gab. In der siebten Stunde trat E. den Heimweg an und V. ging hinterher. In der 4. Stunde des Grundstücks, wo E. wohnt, legte er auf der Treppensturz für einige Augenblicke seinen Winterüberzieher ab. Als er ihn wieder wegnehmen wollte, war er mitamt den darin befindlichen Wertgegenständen verschwunden. In den Brieftasche befanden sich 2 Fünfhundermarkscheine, 2 Zehntellose der sächsischen Posttasse, sowie Photographien und Briefe. Als Dieb wurde am anderen Tage Bachmann verhaftet, der von dem Geld schon für 235 Mark Weihnachtseinfüsse gemacht hatte; das übrige fand man bei ihm noch vor. Da er die That gesteht, billigt ihm das Gericht mildernde Umstände zu und verurteilte ihn mit Rücksicht auf den hohen Wert der gestohlenen Gegenstände unter Anrechnung von 3 Wochen der Untersuchungshaft zu 6 Monaten Gefängnis.

Die Entlohnung der Arbeiter in der Wirtschaftsgenossenschaft des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenassistenten, Gen. m. b. H.

Die bezeichnete Genossenschaft, bestehend aus den Filialen Berlin, Hamburg, Leipzig, Frankfurt, Magdeburg, Straßburg u. c., mit ihrem Direktorium in Berlin, kann in Bezug auf Regelung von Ein- und Verkauf der Waren mit den Arbeiter-Konsumentvereinen verglichen werden. Sie ist sogar auf dem Gebiete der Selbstproduktion den Arbeiter-Konsumentvereinen in Bezug auf Herstellung von Kleidungsstücken voraus, die sie aber dem Anschein nach nur auf Kosten der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter zu halten im Stande ist. So war beispielsweise die Filiale hier in Leipzig bei der Lohnbewegung im Jahre 1898 und 99 nicht in der Lage, den Arbeitern den Lohn bewilligen und zahlen zu können, den jedes andere mittlere und auch kleinere Geschäft zahlen konnte und auch heute noch in der übergroßen Anzahl, wenn auch mit einigen Abweichungen, zahlt. Dem Direktorium der Genossenschaft muß nun aber schon der für Leipziger Verhältnisse immer noch zu niedrige einklassige Tarif, den die Arbeiter in diesen Jahren durchgedrückt haben, sehr im Magen gelegen haben und so hat man geglaubt, die günstigste Gelegenheit — den momentanen wirtschaftlichen Niedergang — auch in der Herrenschneiderei wahrnehmen zu müssen, um den Arbeitern einen vierklassigen Lohntarif aufzuftrocknen, nach dem, wollten die Arbeiter damit einverstanden sein, sie bei der Arbeit verhungern könnten. Ob mit oder ohne Wissen des Vorstandes der hiesigen Filiale dies geschehen, entzieht sich allerdings unserer Kenntnis. Die Arbeiter werden aber ein derartiges Gebaren mit Entschiedenheit zurückweisen, zumal diese Genossenschaft gleich uns auf dem Standpunkt der Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage steht. Wenn das Direktorium glaubt, den Lohn der Arbeiter um 38½ Prozent, ja sogar 49½ Prozent fürzen zu müssen, um die Herren Postassistenten und Sekretäre auch fernerhin in die Lage versetzen zu können, ihren Bedarf an Kleidungsstücken in der Genossenschaft zu decken, so dürfte es diesen Herren unseres Erachtens einen schlechten Dienst erwiesen haben. Sollten denn die letzteren, die doch immerhin ein anständiges Gehalt beziehen, wirklich nicht in der Lage sein, ihre Kleidungsstücke so zu bezahlen, daß der Maßschneider gezwungen wäre, die Arbeit für einen Preis herzustellen, der sonst nur in den erbärmlichsten Schleudergeschäften gezahlt wird? Wir glauben, dies nicht annehmen zu müssen, bezweifeln aber auch sehr, daß es im Willen der Mitglieder der Genossenschaft liegt, die für sie arbeitende Bevölkerung in dieser Weise auszubeuten.

Der Kuriostät halber wollen wir hier die Preise einiger Kleidungsstücke, wie sie von jetzt ab bezahlt werden sollen, anführen:

	1. Herstellung	2. Verarbeitung	3. Verarbeitung	4. Verarbeitung
	Mrkt. 74-88	Krt. 71-75	Krt. 69-70	Krt. 67-68
Sacco, 1 reihig	10.70	8.50	7.50	6.50
Rod-Jackett	11.80	10.—	9.—	8.—
Gehrock, 2 reihig	15.50	14.—	18.—	11.—
Uniformrock	10.—	9.—	8.—	6.50
Altenka	4.50	4.—	4.—	4.—
Sommer-Paleto	18.—	11.—	9.—	8.—
Weste	8.25	2.75	2.50	2.25
Hose	8.80	3.80	3.25	2.75

Nach dem hier Angeführten wird es Aufgabe aller der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter sein, solidarisch mit der Leipziger Kollegenschaft ein derartiges Ansinnen zurückzuweisen und zum mindesten in der jetzigen Zeit den vor zwei Jahren errungenen Lohn hochzuhalten.

Arbeiter, bedenkt, daß gerade die bürgerlichen Parteien es sind, die im Reichstag und den Landtagen die kleinlichsten Mittel anwenden, um die Arbeiter-Konsumentvereine zu kompromittieren. Hier liegt aber der klare Beweis vor, wie es in dieser Gesellschaft aussieht. Nichts dürfen wir untersucht lassen, um den Herren klar zu machen, daß der Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Entlohnung seiner einzigen Ware, die er besitzt — der Arbeitskraft — hat.

Hoch die Solidarität — Nie mit einem derartig reaktionären Gebaren.

Das Agitationsteam der Schneider Leipzig.

J. A.: H. Weicker.

Alle arbeitsfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Von Nah und Fern.

Ein Angriff auf Schuhleute.

Berlin, 8. Februar. Auf dem Gesundbrunnen finden fortgesetzte Zusammenrottungen gegen Polizeibeamte statt. In der Nacht zum Sonnabend, kurz nach 12 Uhr, befinden sich zwei Schuhmänner als Patrouille in der Prinzessin-Allee, als sie von 16 Strolchen und einem Frauengimmer angefallen wurden. Der Überfall erfolgte so plötzlich, daß einer der Beamten einem Fuß-

tritt vor den Leib nicht ausweichen konnte und dienstunfähig gemacht wurde. Der zweite Schuhmann zog blank und hielt um sich, indem er zugleich von der Notspur Gebrauch machte. Bald erschienen die beiden harthbedrängten Beamten von zwei Seiten Unterstützung. Nachdem die Angreifer überwältigt waren, gelang der Mehrzahl von ihnen die Flucht, nur vier konnten festgenommen werden. Alle Beteiligten stehen im Alter von etwa 18 bis 25 Jahren.

Ein neuer Spielerprozeß in Sicht.

Berlin, 10. Februar. Eine unsangreiche Spieleraffaire macht der Charlottenburger Kriminalpolizei gegenwärtig viel zu schaffen. Die Altersfälle sind zu einem Buch angewachsen. Die Angelegenheit ruht auf Begebenheiten, die in einem Hause am Kurfürstendamm sich abgespielt haben. Neue Vernehmungen finden fortgesetzt statt.

Eine Feuersbrunst.

Patterson, 9. Februar. In Newjersey vernichtete eine große Brandkatastrophe nahezu einen großen Stadtteil mit dem alten Rathaus, der Bibliothek, der ersten Nationalbank, dem allgemeinen Hospital, 5 Hotels, 4 Kirchen, 2 Bildungsbauten und einer Menge sonstiger Gebäude. Bis jetzt wird der Schaden auf 10 Millionen Dollar geschätzt. Es werden Dynamitsprengungen vorgenommen, da die Feuerwehren aus den Nachbarorten den Brand nicht bewältigen können. Mehrere Personen sind getötet, viele Verletzte vorgekommen. Tausende von Personen sind obdachlos. Bei der großen Kälte sind Kirchen und große Gebäude für die Unglückslichen eingerichtet worden. Um 7½ Uhr gelang es, des Feuers Herr zu werden.

Telegraphische Depeschen.

Privattelegramme der Leipziger Volkszeitung.

Greiz, 10. Februar. Die Greizer Zeitung meldet: Der Sirene der Textilarbeiter ist heute in den größeren Betrieben ausgebrochen. Wenn bis Donnerstag keine Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt, sollen sämtliche Arbeiter ausgesperrt werden.

Griechenland der Redaktion.

G. D. Wahren. 1. Der Minimallohn beträgt bei unsrigen Sehern 31.50 Mr. bei achtstündiger Arbeitszeit. 2. Soldaten Schwedene ist natürlich nicht der geringste Wert bezulegen.

J. A. Magdal. Ja.

G. D. Neuschönfeld. Ja, sie erscheinen um 12 Uhr sämtlich nacheinander, um auf der anderen Seite wieder zu verschwinden.

Auskunft in Rechtsfragen.

D. G. 1. Fragen Sie wegen des Namens in unserer Sprechstunde an. 2. Wenn Ihre Vermögensverhältnisse derart sind, so können Sie ja einen solchen Antrag stellen; die Entscheidung steht aber bei Gericht und ist sie nach dem Ausgang der Sache in der 1. Instanz zweifelhaft. 3. Einen Monat. 4. Ein weiterer Vorschub wird in dieser Höhe wohl kaum erforderlich werden. 5. Sie können Ihre Vollmacht dem einen Rechtsanwalt entziehen und sie einem anderen übertragen.

Streitkräfte bei Bräden. Die Beschreibung aus landesherrlicher Machtvollkommenheit besteht bezüglich der fürstlichen Familienmitglieder noch in einigen deutschen Kleinstaaten; nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist jedoch das landesrechtliche Beschreibungsberecht ausgeschlossen.

G. S. Bindenau. Nein; die Verweigerung darf nur nicht in beleidigender Form ausgesprochen werden.

M. M. 100. Nur wenn der Besteller den Auftrag als seinen eigenen bezeichnet.

G. 100. Ja, wenn es sich um eine ausgelagerte Forderung handelt.

G. 2. Unterliegt der Pfändung.

G. 3. 100. 1. Die ausgelagerte Forderung verjährt erst in drei Jahren. 2. Nein; sie muß dagegen bei Gericht reklamieren.

G. 4. Ja.

M. Lassen Sie es auf eine Klage ankommen. Das neue deutsche Bürgerliche Gesetzbuch hat Anwendung zu finden.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Sonnabend den 8. Februar 1902.

(Mitgeteilt von Gebr. Glass.)

Weizen per 1000 kg netto	inländischer ruhig	170—176 bez. Brl.
Roggen per 1000 kg netto	ausländischer inländischer ruhig	180—182 bez. Brl. 144—148 bez. Brl.
Gerste per 1000 kg netto	ausländischer Brangerre hiesige	147—158 Brl. 145—160 bez. Brl.
Hafer per 1000 kg netto	Mahl- u. Futterware	132—142 bez. Brl.
Mais per 1000 kg netto	ausländischer amerikanischer runder	160—167 bez. Brl. 128—135 bez. Brl.
Oelsaat per 1000 kg netto	Cinquantin	188—144 bez. Brl.
Rapskuchen p. 100 kg netto	Raps	12.50—18 bez. Brl.
Rüböl rohes p. 100 kg netto	füssiges	57.00 Bf.
frei Haus hier ohne Fass höher gehalten	gesäuertes	—
Malz per 100 kg netto	Ausseramtlich:	
Wicken per 1000 kg netto	loco	26—28
Erbse per 1000 kg netto	loco	190—200
	loco grosse	220—230
	" kleine	190—200
	Futter	170—190
Bohnen per 100 kg netto	loco	18—20
Kleesaat per 100 kg netto	rot nach Qualität	90—110
	weiß nach Qualität	60—200
	gelb nach Qualität	40—46
	schwarz, n. Qualität	120—160

Die Mühlen und Mehlkäder von Leipzig und Umgeg. notieren: Weizenmehl Nr. 0024,50 Roggenmehl Nr. 0 20,50 per 100 kg 22,00—28,00 per 100 kg I 19,00—19,50 exkl. Sack II 14,00—14,50 per 100 kg exkl. Sack

per 100 kg 9,25—9,75 M. 100 kg exkl. Sack

per 100 kg exkl. Sack

2. Beilage zu Nr. 33 der Leipziger Volkszeitung, Montag, 10. Februar 1902.

Reichstag.

188. Sitzung. Sonnabend den 8. Februar 1902, 1 Uhr.
Im zweiten Lesung wird der Statut des Reichsgerichtsabsatzes beschlossen; ebenso der Statut der Reichsgerichts- und der Statut für den Rechnungshof.

Es folgt der Statut für die

Reichsjustizverwaltung.

Die Beratung beginnt mit dem Tit. 1 (Gehalt des Staatssekretärs).

Abg. Heline (Soz.) bringt den Fall Bredenbeck zur Sprache. Der Fall ist charakteristisch dafür, wie man in Deutschland überhaupt die Presse behandelt. Besonders dafür ist auch die That, daß man hier die Provinz übt, Rebouteure, die in Tegel ihre Strafe verbüßt haben, durch den grünen Wagen nach Berlin zu transportieren, statt ihnen die Wahl des Fahrzeugs selbst zu überlassen. (Hinterkeit.) Es ist zwar sehr fatal, daß die Gefängnisverwaltung die politischen Gefangenen auf Staatskosten nach Berlin befördert, aber die Presse dankt für eine solche Zuwendungskompetenz, die nichts weiter ist als eine verdammt-werte bürokratische Schnelligkeit. (Lebhafte Zustimmung links.) Neben geht auf den Thatsachenstand des Falles Bredenbeck in allen Eingelenken ein. Es wird so gethan, als handle es sich dabei um den Übergriff eines untergeordneten Beamten. Auf der von der Staatsanwaltschaft ausgestellten Transportanweisung stand aber ausdrücklich: "Ist zu fesseln!" (Lebhafte hört! hört! bei den Soz.) Es liegt also eine berechnete planmäßige Handlung vor. (Bravo! b. d. Soz.) Der Minister des Innern, v. Hammerstein, hat im preußischen Abgeordnetenhaus Bredenbeck, der früher Bergmann war, einen Redakteur genannt, der das große Interesse der Presse nicht zidierte. Das ist eine objektive Unrichtigkeit.

In der Budgetkommission des Reichstags gab Geheimrat Lichtenbörger zu, daß die Vorschriften über die Behandlung Strafangehöriger nicht beachtet worden seien und daß das Verhalten der Beamten gemessen worden sei. Das ist ein bemerkenswerter Unterschied.

Im Reichstag wagt man sich nicht so zu benehmen, wie im Abgeordnetenhaus. (Sehr gut! links.)

Im preußischen Abgeordnetenhaus hat Herr v. Hammerstein die Gelegenheit, die Hände herbeiziegen, gegen Bredenbeck eine recht provokatorische

Beleidigung zu richten. Hierher kommen die preußischen Minister erst gar nicht.

Die Sache ist mit der Entschuldigung des Herrn v. Lichtenbörger nicht abgethan. Es geht nicht, daß einem kleinen untergeordneten Beamten ein Schuß gegeben wird und damit genug. Erstens hat sich Herr v. Hammerstein zu entschuldigen, daß er Bredenbeck beleidigt hat, zweitens ist dafür zu sorgen, daß so etwas nicht wieder vorkommt. Die Behauptung des Ministers, Bredenbeck sei Sizredakteur, ist eine grobe Injuria. Er hat die Analogie zwischen Regierung und Presse zu weit gezogen. Wenn man unter "Sigen" die Übernahme einer Verantwortlichkeit für etwas, wofür man nicht kann, wofür man die innerliche Verantwortung ablehnt, versteht, dann kann man viel eher von Sizministern, als von Sizredakteuren sprechen. (Große Hinterkeit links.)

Bredenbeck ist ein höchst selbständiger Redakteur, der ausgezeichnete Artikel über die Verstaatlichung der Kohlengruben in der Neuen Zeit veröffentlicht hat. Es ist doch ein komischer Standpunkt,

zum andern, der aus dem Arbeiterstand hervorgegangen ist, deshalb als gebildeten Menschen nicht anzuerkennen. Von Fluchtverdacht könnte bei Bredenbeck keine Rede sein, da er sich doch zur Verhöhung selbst gestellt hat. Ich würde mich nur darüber, daß Bredenbeck die ihm angehörende Behandlung als Schmach empfinden kann.

Es ist doch in Deutschland für anständige Leute noch gerade die Ehre geworden, in dieser Art im Namen der Gerechtigkeit behandelt zu werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für die Leute aber, die ihn so gekränkt haben, ist das seine Entschuldigung. Die Versagung der Selbstbehauptung ist eine Quälerei und widerprüft dem § 16 des Strafgesetzbuches.

Nebner führt einige Beispiele an, wo gemeine Verbrecher sehr gut behandelt werden, z. B. das des Prinzen Achenbach. Warum wendet man keine gute Behandlung nicht auch hier an? Es ist höchste Zeit, daß dem Reichstag ein Strafvollzugsgesetz vorgelegt wird. Hier haben sich die Regierungen vereinbart, generelle Reglements zu erlassen und diese in den einzelnen Bundesstaaten durch Landesgesetze in Kraft zu setzen, so ist das eine Umgehung des verhängnisvollen Gesetzesgeistes des Reichstags.

Nach einer Befragung hat der preußische Minister des

Innern und der Justizminister eine gemeinsame Verfügung über die Behandlung von Anklagen gegen Arbeitergewerkschaften dahin

gestellt, daß diese, wenn sie durch Drohung zur Teilnahme an der Gewerkschaft jemanden veranlassen wollen, wegen Expressions anzuzeigen. Man unterstellt dabei, daß die Gewerkschaften einen Vorteil aus den Beiträgen der Mitglieder hätten. Der Erlass ist

die Folge der ungeschickten Redatsprechung. Mit der Auslegung

des Expressionsparagraphen in der Jubiläumsausgabe ist es so nicht mehr

zu er. Jeder anständige Mann, der von dem ihm gegebenen zusätzlichen Recht Gebrauch macht, läuft Gefahr, wegen Expressions

angklagt zu werden. Das ist nicht der Willen des Gesetzgebers. Das Volk hält Expressions für eines der gemeinsten und niedrigsten Vergehen. Die Auslegung des Reichsgerichts hat die Konfusion vollkommen gemacht. Jetzt ist es sowohl gekommen, daß Arbeiter

wegen Expressions verurteilt worden sind, weil sie zu ihrem Unternehmern gefragt haben: Wir arbeiten nicht mit den anderen zusammen, weil

er nicht in unserem Verein ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch wird eine Anzahl anständiger Leute ins Gefängnis gebracht und ihnen das Brandmal der Expressions aufgedrückt. Da heißt es nicht mit Unrecht, daß wäre das Ende des

Koalitionsrechts. Leider hat uns das Haus im Stich gelassen, als wir bei der letzten Gewerbeordnungsnovelle durch einen Antrag

im § 152 eine solche Auslegung verhindern wollten.

Nun ist vor kurzem, was ich nicht minder verurteilte, auch ein Arbeitgeber wegen Expressions verurteilt worden. Er hat einen anderen Arbeitgeber aufgefordert, einer Konvention beizutreten, wodurchfalls er bestimmt werden würde. In richtigen Konsequenzen hat das Reichsgericht erklärt, daß dieser Mann wegen Expressions zu bestrafen ist. Er ist dann auch mit einer Gefängnisstrafe bestraft worden, später aber zu einer Geldstrafe begnadigt worden.

Ich möchte nun den Herrn Staatssekretär fragen: "hat er an seine

Unterstelle Behörde auch ein Circular erlassen, wonach auch die Arbeitgeber zur Bestrafung herangezogen werden sollen? (Sehr gut! bei den Soz.) Es gibt viele solche Arbeitgeber-Konventionen,

so z. B. in Berlin der Münzing. Ich halte das Vorgehen des

Letzteren durchaus für gesetzlich und würde eine Anklage nicht erheben. Wenn aber ein Staatssekretär nur Arbeiter deswegen bestrafen will, so finde ich das — ich hätte beinahe gesagt — unbegreiflich,

aber bei uns ist das ja selbstverständlich. (Sehr richtig! und Hinter-

heit bei den Soz.)

Weiter richte ich an den Herrn Staatssekretär die Frage, ob eine zeitgenössische Umarbeitung unseres fast 50 Jahre alten Straf-

gesetzbuches in Aussicht genommen ist. Ich halte das für durchaus nötig. Besonders schlimm ist es aber, daß unsere Juristen etwas

ganz anderes in den Wortlaut des Gesetzes hineinlegen, als es

wirklich besagt. — Wenn mit dieser taschenpielerischen Handhabung der Worte der einzelnen Paragraphen, mit dieser Begriffs-Jurisprudenz nicht gebrochen wird, dann braucht man sie nicht zu zuwenden, daß unter Strafverfahren so mangelsaft funktioniert. Die Rechtsdämmer geben sich ja häufig genug Mühe, die Landesregierungen unter einen Hut zu bringen. Welche Mühe haben sie sich nicht mit

den Buchstaben gegeben. Wenn sie dieselbe Mühe verwenden

wollten, eine bessere Behandlung der politischen Gefangenen durchziehen, so könnten sie einiges wenigstens besser machen. Dieses

unrechte Verlangen glaube ich im Einverständnis mit dem ganzen

Haus zum Ausdruck bringen zu können. (Weißt du bei den Soz.)

Staatssekretär Nieberding: Ob eine Verfügung der beiden preußischen Minister, wie sie der Vorredner erwähnte, ergangen ist, weiß ich nicht. — Dass der Strafvollzug noch nicht reichsrechtlich geregelt ist, bedauere ich mit dem Herrn Vorredner. Dieser Regelung stehen große Schwierigkeiten entgegen, worauf auch der große Strafrechtslehrer v. Litt hingewiesen hat. Die Vorbereitungen zu einer solchen Gesamtrevision sind schon seit langem im Gang, das Gesetzbuch von 1870 war lediglich ein Kind der harten Notwendigkeit. Eine solche Revision kann aber nicht von heute auf morgen erledigt werden. — Mit Bezug auf den Fall Bredenbeck hat Herr Heine gesagt: Es sei eine Ehre, im Namen der Gerechtigkeit so behandelt zu werden; die Schande falle zurück auf die, die das tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich sage das hier fest, damit das deutsche Volk weiß, welche Schande es sich in seinen Gerichten eingerichtet hat. Für den Transport Bredenbecks haben die Gerichte die Verantwortlichkeit nicht zu tragen. Bei dem Aussehen, das dieser Fall in der Presse erregt hat, müsste sich natürlich auch das Reichsjustizamt mit ihm beschäftigen. Nach allem, was ich erfahren habe, kann ich konstatieren, daß die Vorsicht des Herrn Heine doch nicht so troglisch zu nehmen ist.

Dem Tadel des Herrn Heine über die Fesselung Bredenbecks kann ich teilweise anschließen. Nach einer Verfügung darf in Preußen

ein Gefangener nur auf schriftliche Anweisung eines höheren Beamten gefesselt werden. Dieser Verfügung ist im Falle Bredenbeck nicht nachgekommen.

Verschen kommen aber überall vor, Herr Heine hat, um die ungleiche Behandlung der Gefangenen zu verdeutlichen, darauf hingewiesen, daß beim Transport Bredenbecks ein Mit-

gefesselter, ein britischer aber ungefesselter mitgeführt wurde.

Die Unterforschungen, die hier bezwegen stattfanden, haben ein sicheres Resultat nicht ergeben. Wahrscheinlich hat sich der Trans-

porteur von einem berechtigten Mittel gesetzt lassen, weil der Ungefesselte ein 70 Jahre alter Bergmann war. Die weiteren

allgemeinen Ausführungen des Abg. Heine kann ich übergehen und

ste der Würdigung des Hauses überlassen. (Sehr richtig! rechts.)

Die Abg. Gröber (Centr.) und Genossen beantragen die

Vorstellung eines Gesetzentwurfs, der den Zweck des allgemeinen Strafvollzugs

gegen Verbrechen wider Leib und Leben unterstellt.

Ferner soll die Herausforderung und Annahme der Herausforde-

rung zum Zweck mit Gefängnisstrafe belegt werden, auch

an den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden, wenn der Thäter sich einer ehrlosen Handlungswise schuldig gemacht hat.

Abg. Gröber (Centr.): Ich möchte an den Staatssekretär die

Frage richten, wie weit die Vorarbeiten betr. des Gesetzentwurfs

gegen den liegenden Gerichtsstand der Presse geboten sind. — Ich

freue mich, daß der Staatssekretär für eine allgemeine Revision des Strafgesetzbuches eingetragen ist. Einige Gebiete müssen aber

sich vorher revolviert werden, so die Frage der Bestrafung des

Zweikampfs. Der Hauptübelstand unseres Strafgesetzbuchs gegen

über dem Duell liegt darin, daß auch für die schweren Fälle nur

Festungshaft vorgesehen ist. Wir wollen diese Ausnahmegesetzgebung

zu Gunsten des Duells aufheben. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Eiche (nat. lib.) verlangt eine Heraufsetzung der

Strafmündigkeit vom 12. auf das 14. Lebensjahr. So lange ein

Kind in die Schule geht, darf es nicht ins Gefängnis kommen.

Die Strafen für Verleumdung sind viel zu niedrig. Durch die

übliche Plakette eines Schurken kann die ganze Existenz eines Un-

schuldigen in Frage gestellt werden. Hier sollten Zuchthausstrafen

eingetragen. Den Antrag Gröber begrüßen wir mit Freuden. Ein

Reichsgesetz über den Strafvollzug ist wünschenswert, aber nicht

durchführbar, vor einer Änderung des ganzen Strafsystems. Auch

der Wunsch des Herrn Gröber auf Aenderung der Bestimmungen

über den liegenden Gerichtsstand kann ich mich nur anschließen.

Nebner wird höchst schärflich bestreit, daß die bürgerlichen

Gebiete der Zulassung der Rechtsanwälte. (Weißt du bei den

Nationalliberalen.)

Staatssekretär Nieberding: Die Verhandlungen über den

liegenden Gerichtsstand der Presse sind noch nicht abgeschlossen. —

Die Heraufsetzung der Strafmündigkeit auf das 14. Lebensjahr er-

scheint nicht zweckmäßig. Die Summe der jährlich bestraften Kinder

unter 14 Jahren ist 9000. In 8 Fällen sind Kinder in diesem Alter

sogar das Morde überführt. Man wird höchstens darüber nach-

den können, wie in anderer Weise auf das jugendliche Alter der Kinder Rücksicht genommen werden kann.

Abg. Dr. Olsiembowitsch-Pomian (Pole) bedauert die Er-

klärung des preußischen Justizministers, wonach in nationalen

Fragen die Abschreckungstheorie eine gewisse Berechtigung habe.

Dem Antrag Gröber steht er sympathisch gegenüber. Eine Regelung

des Strafvollzugs ist dringend nötig.

Staatssekretär v. Nieberding verweist den Vorredner wegen

vorgekommener Unrechtheiten an die Landesverwaltungen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (frei. Wp.): Ich hoffe, daß die

Bestrafung des liegenden Gerichtsstandes beschleunigt wird. Auch der

Zeugzwang bedarf einer Regelung. Es verstoßt gegen Treu und

Glauben, einen Redakteur zu zwingen, das Redaktionsselbstverständnis zu

brechen. Drittens ist die Entschuldigung unschuldig Verurteilten eine

Forderung, die bald erfüllt werden muß. Einem Gerber im

Reichsgericht, der unschuldig 5 Jahre im Zuchthaus saß und sein

ganzes Vermögen verloren hatte, wurde im ganzen 2180 Mk. Ent-

sädtigung zugesprochen. Auch wäre die Schaffung eines Reichs-

kompetenzgerichts dringend nötig. Der Fall Bredenbeck beweist die

Geringfügigkeit unserer Polizei und Justiz gegenüber der Presse.

Man hätte den Mann unter keinen Umständen wie einen gemeinen

Verbrecher behandeln dürfen. Die unteren Polizeibeamten dürfen

nicht über die Behandlung eines Gefangenen entscheiden. Dafür

steht der Fall nicht vereinzelt da. In Frankfurt ist ein Verhafteter

drei Tage lang vergessen worden und wäre fast verhungert. All

das läßt ein Strafvollzugsgesetz bringend nötig erscheinen. Eine

große Zahl der deutschen Gefangene ist eine wahre Brutschäfte des

Verbrechens und des Lasters

nach § 10 einzuschalten; § 10a. Für Rechnung von Kommunen oder Corporationen dürfen Abgaben auf Getreide, Hülfenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, beispielsweise auf Backwaren, Bier, Fleisch, Fleischwaren und Fett nicht erhoben werden. Die entgegenstehenden Bestimmungen unter Biffer I und in § 7 der Biffer II des Artikels 5 des Polizeivertrags-Vertrages vom 8. Juli 1867 (Bundes-Gesetzbl. S. 81) und des Gesetzes vom 27. Mai 1885, betreffend die Änderung des Polizeivertrags-Vertrages vom 8. Juli 1867 (Reichs-Gesetzbl. S. 109) sind aufgehoben.

Müller-Hulda und Speck beantragen nach § 10 einzuschalten: § 10a. Die Erhebung von Gemeindeabgaben auf Nahrungsmittel, welche nach diesem Gesetz und dem nachstehenden Polizeiartikel bei der Einfluss zollpflichtig sind, ist untersagt.

Letzterer Antrag wird zu Gunsten des Antrags Fischbeck zurückgezogen.

Fischbeck begründet seinen Antrag und hebt die Nachteile der Doppelbesteuerung von Lebensmitteln hervor.

Schultheiß v. Thielmann erachtet den Antrag abzulehnen, gegen die staatliche Bedenken beständen.

Gebihrat Freund: Wo eine Steuer auf Fleisch u. s. v. von den Kommunen erhoben wird, ist keine Preissteigerung oder eine höchst geringfügige zu verzeihen. Es wird nur zu indirekten Steuern kommen, wenn eine Lücke im Gemeindebudget entsteht. Den Gemeinden sollte man diese Quelle nicht versperren. Lehnne Sie den Antrag ab.

Bayerischer Bundesbevollmächtigter v. Geiger gibt eine Übersicht über die Steuerverhältnisse bayerischer Gemeinden und ist gegen den Antrag.

Der sächsische Bevollmächtigte, Gebihrat Müller, behauptet ebenfalls, es beständen staatliche Bedenken gegen den Antrag. Die kommunale indirekte Besteuerung verteuert die Preise nicht, beispielweise ist in Dresden das Fleisch billiger als in Leipzig trotz der Steuer in Dresden. Der Vorwärts habe jüngst eine Mitteilung gebracht, daß die Besteuerung des indirekten Steuersystems in den Gemeinden, die Finanzverhältnisse der Gemeinden revolutioniert würden.

Regierungskommissar Noback tritt ebenfalls gegen den Antrag auf und zieht Rückschlüsse auf die preußischen Gemeinden.

Der badische Bevollmächtigte Scherer meint, viele badische Gemeinden würden nach Annahme des Antrages schwer betroffen. Direkte Steuern tragen den Arbeiter schwerer, als indirekte.

Brömel wünscht, daß die Zahlenangaben der preußischen Kommissare zu Protokoll gegeben werden.

Geyer: Ich wünsche, daß auch die Übersichten des bayerischen Vertreters zu Protokoll gegeben werden. Herr Gebihrat Freund hat recht; wegen einer Lücke, d. h. Defizit im Gemeindebudget, greifen die Gemeindeverwaltungen oft zu indirekten Steuern. Damit schädigen sie sich selbst, besonders aber die arbeitenden Klassen, denn deren Verbrauchsartikel werden zuerst herangezogen. So ging es auch jüngst in Leipzig, wo eine Biersteuer eingeführt werden sollte, glücklicherweise aber vereitelt wurde. Hierbei ereignete sich etwas, auf das ich hier speziell eingehen muß. Im Reich, im Staat und in den Gemeinden will man zur Deckung des Defizits neue indirekte Steuern. Dabei geraten diese Gemeinweisen aneinander. Was soll besteuert werden? Es wurde nur gelöst, daß wegen dieser Frage Konferenzen zwischen dem Stadtrat von Leipzig und dem sächsischen Ministerium, sowie zwischen diesem und Reichsbehörden stattgefunden hätten. Das Resultat sei, die sächsische Regierung habe dem Leipziger Stadtrat erklärt, es würden nach dem Abschluß der Vereinbarungen den Gemeinden gewisse Konsumartikel zur indirekten Besteuerung überlassen werden. Ich bitte um Auskunft, was es damit für eine Bewandtnis hat. Wenn hier angeführt würde, daß trotz indirekter Steuern Fleisch in Dresden gelegentlich billiger ist, als in Leipzig, so ist das in der Regel der Markttag zu schreiben. Die indirekten Steuern verlieren aber die Preise und belasten die ärmeren Konsumenten viel mehr, als die reicherer. Die angeblichen staatsrechtlichen Bedenken gegen den Antrag sind wohl besser als Defizitärtig zu bezeichnen. Um das Defizit zu decken, das im Staat Sachsen sowie in manchen seiner Gemeinden besteht, will man indirekte Steuern schaffen, statt die direkten auszugeben. Das Volk wird mit indirekten Steuern getäuscht. Der badische Vertreter behauptete gar, die direkten Steuern tragen den Arbeiter härter, als die indirekten. Das ist eine merkwürdige Auffassung. Man mag nur direkte Steuern mit einer entsprechenden Progression für höhere und höchste Einkommen einrichten, dann bräuchte sie den Arbeiter weniger. Uebrigens wurde mir gesagt, daß Mannheim 1897–1899 das Ostrohr für Lebensmittel abgeschafft hat, ohne Schaden. Das spricht gegen den badischen Vertreter. Viele Gemeindevertreter streben jetzt nach Besteuerung indirekter Kommunalsteuern. Am Anfang dieses Jahres fand eine Gemeindevertreterkonferenz in Leipzig statt, die von 70–80 Vertretern besucht war und einstimmig beschloß, indirekte Kommunalsteuern zu bekämpfen. Das Defizit in Gemeinden kann wohl gedeckt werden, wenn man die Reichs besser und gerechter zur Besteuerung heranzieht. Alles spricht für den Antrag und das Polizeiartikel ist das geeignete, die Sache von Reichs wegen zu regeln. Wir stimmen für den Antrag.

Unterstaatssekretär v. Fischbeck: Die von dem Abg. Geyer bezeichneten Konferenzen haben nicht stattgefunden, dagegen hat die Reichsregierung an die einzelstaatlichen Regierungen schriftliche Umfragen gerichtet über die Kommunalsteuersysteme.

Bundeskommisar Leienbester spricht gegen den Antrag.

Sächsischer Bevollmächtigter Rüger: Es haben keine Konferenzen zwischen den Regierungen stattgefunden. Abg. Geyer hat vielleicht die Denkschrift im Auge, die die Regierung dem Landtag über kommunale Besteuerung vorgelegt hat.

Beumer (unt. ab.) will gegen den Antrag stimmen.

Singer: Die Regierungswertreter scheinen die Aussöhnung zu haben, daß die Arbeiter besser fortkommen bei indirekten Steuern als bei direkten Steuern. Das wäre doch merkwürdig. Warum machen Sie denn den Polizeiartikel? Der Getreidepreis soll doch durch Böle erhöht werden. Davon werden die Konsumenten, die breiten Massen getroffen, deren Lebenshaltung erschwert wird. Gewiß wird die Finanzwirtschaft der Gemeinden revolutioniert, wenn ihnen verboten wird, Lebensmittel zu besteuern. Es muß eben mit dem Unfug der doppelten und dreifachen Besteuerung der Lebensmittel aufgeräumt werden. Die Steuern müssen so erhoben werden, daß jeder weiß, was er an Steuern zahlt. Das ist bei dem indirekten Steuersystem nicht der Fall. Verfassungsberechtigte oder staatsrechtliche Bedenken liegen gar nicht vor, dann läßt die Claußula Frankenstein nicht weiter bestehen. Ferner sagt man, die Gemeinden müßten sich darauf einrichten können. Der Einwurf ist hinfällig. Die Gemeinden können sich ebenso für 1908 wie für 1910 einrichten. Was bezüglich Dresden, Straßburgs u. s. v. hier gesagt wurde, muß uns um so mehr veranlassen, der Sache auf den Leib zu rücken. Man mag die Bedenken der Gemeinden durch Einkommenssteuern decken. Ich gebe die Hoffnung jetzt noch nicht auf, daß das Centrum bei seiner Ansicht beharrt und sich nicht durch Erklärungen der Regierung wieder auf einen anderen Standpunkt drängen läßt. Dann könnte hier dem Unfug der Doppelbesteuerung von Lebensmitteln ein Damm errichtet werden. Die Regierung steht mit ihrer Stellung hier im Widerspruch mit ihrer Sozialpolitik.

Gebihrat Freund: Die Gemeinden haben autonome Verwaltung, die Regierung könnte nicht im Sinne des Herrn Singer eingreifen. In Preußen belastet das neue Kommunalsteuersystem die bezahlenden Klassen mehr, wie früher. Diese Entwicklung schreitet vorwärts; die Sozialpolitik der Regierung steht damit in Einklang.

Müller-Hulda: Singer wundert sich über unsere Schweigenszeit. Aber wir müssen doch warten, bis wir ans Leben kommen; es hat ja erst eine große Zahl von Regierungswertretern das Wort genommen. Wenn wir dem Unfug der kommunalen indirekten Besteuerung ein Ende machen wollen, können wir es hier. Trotz der Bedenken der Regierungswertreter halten wir an dem Grundsatz

gebunden unseres Antrages fest. Ein besonders großes Unrecht ist die Brot- und Fleischbesteuerung in Gemeinden. Man muß auf die aus dem Dreiklassensystem hervorgehenden Gemeindevertretungen Rücksicht nehmen; diese ist oft so gestaltet, daß auch persönlichen Interessen die direkte Besteuerung vernachlässigt wird. Wir müssen darum von hier aus die Reform der Besteuerung in Angriff nehmen. Der Polizeiartikel kommt um so eher zu stande, wenn wir so vorgehen.

Bayerischer Bundesbevollmächtigter v. Geiger tritt nochmals für Ablehnung des Antrags ein und spezifiziert bayerische Gemeindeverhältnisse.

Heyl: In Hessen haben in einer Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter Vertreter von Mainz erklärt, Mainz könne auf das Ostrohr nicht verzichten.

v. Wangenheim schließt sich den Aussführungen Müller-Hulda an; er billigt das Ziel des Antrages und stimmt für ihn.

Goethen vertritt den Antrag und geht speziell auf die Steuerverhältnisse in Breslau ein. Das Ostrohrsystem erfordert hohe Kosten, es frisht viel von dem, was es einbringt. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter darf nicht durch Besteuerung der Lebensmittel herabgesetzt werden.

Es folgt nun der schon in der letzten Sonnabendnummer unseres Blattes geschilderte Konflikt des Vorsitzenden mit der Opposition.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr vormittags.

Vereine und Versammlungen.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterschaft hält am 5. Februar im Hessenkeller eine weitere öffentliche Versammlung ab, in der Genossin Beifkin vor etwa 1500 Personen, hauptsächlich Frauen und Mädchen, über Frauenarbeit und Gewerkschaftsorganisation spricht. Die Referentin bezeichnete als eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften die Organisierung der Arbeiterinnen, deren Zahl in fast allen Berufen im zunehmenden Maße begriffen sei. Die Organisierung der Frauen sei daher eine unabdingbare Notwendigkeit und zwar 1. im Interesse der Männer, da die Frau als Schmuck konkurriert dem Manne das Brod nimmt oder schwächt; 2. im Interesse der Frau selbst, die unter dem ihr zugewiesenen doppelten Pflichtenkreis körperlich, seelisch und geistig zu Grunde gehen muß und 3. im Interesse der künftigen Geschlechter, deren Erziehung und Pflege die Frau infolge der kapitalistischen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft immer mehr vernachlässigen muß. Die einzelne Arbeiterin steht ihrem mit allen Werkzeugen ausgerüsteten Ausbeiter mehr- und hilfslos gegenüber. Der Rückhalt, den die Frau früher an der alten Großfamilie besaß, schwand mit dieser Familienform, deren Auflösung sich vollzog mit der Entwicklung des modernen kapitalistischen Wirtschaftssystems. Diesen Rückhalt könne jetzt nur die Gewerkschaftsorganisation der Arbeiterin bieten, einmal als Kampfsorganisation für bessere Arbeitsbedingungen, längere Arbeitszeit, höhere Löhne, bessere menschenwürdige Behandlung, Verbesserungen der hygienischen Verhältnisse u. s. v., ferner aber auch als Hilfsorganisation in Zeiten der Armut, Arbeitslosigkeit und Not. Sie gibt der Arbeiterin ferner die stärkende und tröstende Gewissheit, daß sie hinsichtlich nicht allein steht, sondern ihre Arbeitsbrüder und Schwestern in der Gewerkschaft nehmen sich der Schwachen an. Die mangelhafte Bildung, die der Klassenstaat der Arbeiterin angedeihen läßt, die nur darauf berechnet war, eine gebildige Steuerzahlerin zu erziehen, sie wird ergänzt und bereichert durch die Ausklärung über die Verhältnisse, unter denen sie lebt. Die Organisation lehrt sie, für bessere Verhältnisse planmäßig zu kämpfen. Trotz des Gegens, den die Organisation der Arbeiterin bringt, sind aber noch viel zu wenig Rüfe gefolgt. Von 1½ Millionen weiblichen Arbeitern in Deutschland sind nur 10 000 in den Gewerkschaften und 10–11 000 in Bildungs- und politischen Vereinen organisiert. In den meisten Fällen schreibt die Arbeiterin vor dem Zahlen der Beiträge zurück; sie bedenkt nicht, daß die Organisation eine große Sparbüchse ist, indem sie auf einer Seite die Arbeitsbedingungen verbessert und auf der anderen Verschlechterungen aufzuholen sucht. Die doppelten Pflichten der Frau räumen ihr auch die Spannkraft und geistige Frische, die nötig ist, um den Wert der Organisation zu erkennen. Die Jünglinge wieder sehen in ihrer Verunsicherung nur ein Übergangsstadium bis zu einer, wie sie hoffen, guten Verherrigung. Die Frauen selbst müssen die Agitatoren sein. In den männlichen Mitarbeiter, der die Arbeiterin für die Organisation gewinnen will, sieht sie nur zu oft nicht ihren Kampfgefährten, sondern einen hochmürrigen, brummigen und schimpfenden Arbeitskollegen. Es handelt sich aber nicht bloß darum, die Arbeiterin zur zahlenden Gewerkschaftsgenossin zu machen, sondern sie muß ihre höchste Ehre darin suchen, mit den Männern gemeinsam in der Organisation zu wirken. Die großen Agitationsversammlungen sind zwar notwendig, um immer weitere Kreise von Arbeiterinnen zum Kampf für bessere Zustände zu entflammen, aber die fleischige und gebildige Kleinarbeit ist das wichtigste. Wohl vermag die Gewerkschaft nicht die Fesseln der Arbeiterin zu sprengen, aber sie kann sie lösen und mildern. Wenn zur gewerkschaftlichen Organisation noch ein durch den politischen Kampf errungener wirklicher Arbeiterschutz hinzutritt, wenn die Arbeiterin mehr und mehr mit dem revolutionären Geiste des Klassenbewußtseins erfüllt wird, so wird das dazu beitragen, daß bald die Stunde der Befreiung schlägt. Die Referentin erinnerte reichen Weiß für ihren ausgezeichneten Vortrag. In der Diskussion, an der sich Genossin Schleider und die Genossinnen Frau und Remus beteiligten, erinnerte letztere daran, daß bei wieder beginnender Hochkonjunktur die Unternehmer nicht von selber Lohnzulagen machen werden, sondern daß die Frauen jedenfalls ihren Männern in schweren Kämpfen zur Seite stehen müssen. Die Männer möchten deshalb begeistert für deren Auflösung sorgen. Eine während der Diskussion eingegangene Resolution, in der die Anwesenden ihr Einverständnis mit der Referentin erläutern und versprechen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für bessere Zustände einzutreten, wurde einstimmig angenommen. Nach einem Schlüßwort der Genossin Beifkin, und mit dem Wunsche, daß die neu eingetretenen Mitglieder dem Verein auch treu bleiben möchten, schloß die Vortragende die Versammlung.

Generalversammlung der Handels-, Transport- und Verlehrs-

arbeiter Leipzig vom 29. Januar. An Stelle des erkrankten Kollegen Blaschmidt gibt Kollege Sängerlaub den Geschäftsbericht, wonach im letzten Quartal 5 Verwaltungssitzungen stattfanden, außerdem 15 öffentliche Versammlungen abgehalten resp. einberufen wurden; 11 konnten stattfinden, 1 wurde verboten von Seiten der Amtshauptmannschaft (in Leipziger), 8 konnten wegen schlechten Wetters nicht stattfinden. Im allgemeinen hebt er hervor, daß die Ortsverwaltung bestrebt gewesen sei, das zu thun, was unserer Organisation zu Nutzen und Vornahmen gebe. Wenn auch nicht alles so nach Wunsch gegangen sei, so hätte es doch an dem guten Willen und der Mitwirkung der Ortsverwaltung nicht gefehlt. Es gibt noch ein Resümee über das vergangene Jahr und erwähnt, daß auch der Tod Bölden in unserer Reihe gerissen habe. Kollege Schmidt gibt hierauf den Kassenbericht. Die Einnahmen stellen sich im letzten Quartal auf 4988.81 M., die Ausgaben auf 4660.11 M., so daß ein Kassenbestand von 276.20 M. verbleibt. Schmidt bemerkt, daß, wenn man auch nicht von großen Fortschritten sprechen könne, so habe doch der Gesamt-Warenumsatz, den wir im vergangenen Jahr gehabt hätten, den vorhergehenden Jahren gegenüber nicht nur ein Fortschreiten, sondern auch die verschiedenen Brancheleiter sowohl wie die wirtschaftliche Depression hätten nicht das gebracht, was befürchtet wurde. Ein allgemeines könne der Gesamt-Jahresabschluß als gut bezeichnet werden. In Bureau seien Schriftstücke eingegangen im letzten Quartal 102 Stück, ausgegangen 840 Stück. Der Arbeitsnachweis wurde zwar von den Kollegen frequentiert, doch seien nur im letzten Vierteljahr drei Stellen

gemeldet worden. Arbeitslose hatte unsere Organisation 90 Unterstützungsberchtigte, die 718 Tage feiern mußten. Die Zahlen würden allerdings höher sein, wenn diejenigen mit hingegen gerechnet werden sollten, die nicht unterstützungsberechtigt seien, die es aber verabsäumten, sich im Bureau zu melden, weil sie wußten, daß Arbeit doch nicht zu haben sei. Unsere Mitgliedergabe sei am Jahresende 1325. Ein Arbeitsloser sei gezählt worden im letzten Quartal 228.40 M. Dieser Betrag würde von der Hauptstelle bezahlt. Rechnet man hinzu, daß im letzten Quartal für Kranken- und Reiseunterstützungen von Leipzig 716.52 M. gezahlt wurden, so beträgt die Gesamtkasse 941.02 M., das sei gewiß anzuerkennen bei einer derartigen Mitgliederzahl. Auch habe der örtliche Unterstützungs-fonds eine Mehrnahme zu vergeuden; er sei von 867.78 M. auf 925.72 M. gestiegen, trotzdem bereits dem Verein zur Fürsorge für kranke Arbeiter 25 M. davon überwiesen worden seien. Schmidt erklärt, wenn jeder sein Möglichstes thue im neuen Jahre, so würde zweifelsohne das Ergebnis am Ende noch ein besseres sein wie im vergangenen Jahre. Eine lebhafte Debatte entpann sich über die 25 M., die dem Verein zur Fürsorge für kranke Arbeiter überwiesen worden waren. Nachdem aber genügend Aufschluß auf verschiedene Fragen gegeben war, einigte man sich. Der Antrag der Vereinigung auf Entlastung des Staates wurde gegen die Stimme des Kollegen Schubert angenommen. Ein weiterer Antrag, dem Kassierer 30 M. Zölle zu bewilligen, wurde mit Majorität angenommen; ein weiterer Antrag, aber, dem neugewählten Kassierer 38 M. pro Woche zu bewilligen, wurde abgelehnt. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab als 1. Bevollmächtigten Kollegen Sängerlaub, als 2. Bevollmächtigten Kollegen Fr. Gräfe, als 1. Kassierer und Bureaubeamten Fr. Schmidt L. als 2. Kassierer Schädiger, als 1. Schriftführer Fr. Stange, als 2. Schriftführer Göddike, als Beisitzer die Kollegen Bergander, Schilf und Weiszanger; als Beisitzer die Kollegen Loofe, Schubert und Möller. In den Ausschüssen wurden gewählt die Kollegen Bösel und Ernst Dietrich. — Außerdem wurden noch die Kollegen in Vorschlag gebracht, die als Generalversammlungsvertreter des Gewerkschafts-Vorstandes genannt werden sollen, jedoch soll die neu gewählte Ortsverwaltung das Recht haben, einzelne Anerkennungen vorzunehmen. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Verein Vorwärts Leipzig-Süd.

In der Versammlung am 6. Februar sprach Genosse Roth über die Stellung der Arbeiter im öffentlichen Leben. Redner schildert eingangs seines Vortrags die Wandlung der Weltanschauung seitens der Bourgeoisie und verbreitet sich noch über Darlegung der Darwinischen Theorie über die Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung. Genosse Roth zeigt die Entwicklung der Wohnungs- und Lebensverhältnisse auf den menschlichen Organismus, sowie die daraus resultierende Zunahme der Vergehen. Redner behandelt sodann in längeren Ausführungen die Einkommensverhältnisse der Arbeiter im Gegensatz zu den Gehaltern von Handelsketten, sowie die Schulverhältnisse in Preußen, die Anspruchsnahme der Steuerkraft des Volkes bei Volksschulen und höheren Bildungsanstalten, sowie den Unterricht für die Arbeiterschaft und für den Mittelstand und die sich hieraus ergebende Aufschwungsweise. Nachdem er noch die weitere Entwicklung des Arbeiters, die Verwaltung und die Literatur behandelt hatte, schließt er mit der Aufforderung, daß sich die Arbeiter politisch und gewerkschaftlich organisieren mögen. In der sich anschließenden Diskussion wird auch von Leipzig eine Statistik über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterschaft gewünscht; Genosse Roth will dementsprechende Anregung geben. Verschiedene Redner verbreiten sich über Mittel und Wege, um den Verein zu leben und mehr Propaganda für unsere Ideen zu machen. Es wird in Vorschlag gebracht, literarische Abende, ähnlich wie im Westen, abzuhalten. Unter Vereinsangelegenheiten erfolgt seitens des Vorsitzenden eine Wiederaufstellung, daß im nächsten Versammlung Genosse Riedel referiert im März Genosse M. Wittich zwei literarische Vorträge hält und am 9. Februar eine Befürchtung des Banden-Instituts stattfindet. Eine Sammlung zu Gunsten des Vereins zur Fürsorge für kranke Arbeiter ergab 20 M. Genosse Engler gibt die neue Bibliothekserweiterung bekannt und hofft auf weitere rege Benutzung der Bibliothek.

Eine öffentliche Steinseherversammlung

tagte am 5. Februar in Stadt Gotha, die trotz der wichtigen Tagesordnung sehr schwach besucht war. Genosse Riedel referierte über Industriezölle. Redner führt aus, daß man nicht damit aufzufallen sei, die Getreidezölle in die Höhe zu schrauben, sondern sie auch auf einige Industriezölle werfen wolle. So auch in unserem Handwerk. Man will hier die Steine verzögern, wodurch unseren Verfassungsleuten ein ganz bedeutender Schaden entwachsen würde, denn eine Verzögerung der Steine würde eine gewaltige Verkürzung des Pflasters zur Folge haben. Man wird billigeres Material nehmen als Steine. Um dieser Gefahr vorzubeugen, soll beim Reichstage petitioniert werden und wird gewünscht, daß sich die Kollegen beim Sammeln der Unterschriften rege beteiligen. Nachdem sich mehrere Redner hierzu geäußert hatten, folgte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Da am 5. Februar in Stadt Gotha abgehaltene Versammlung sämtlicher im Steinsehergewerbe tätigen Personen (Steinseher, Pflasterer, Steinmaler, Pflasterarbeiter, Steinbauer u. s. v.) von Leipzig eine Statistik über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiterschaft gewünscht; Genosse Roth will dementsprechende Anregung geben. Verschiedene Redner verbreiten sich über Industriezölle, ähnlich wie im Westen, abzuhalten. Unter Vereinsangelegenheiten erfolgt seitens des Vorsitzenden die Laufbeteiligung der Kollegen am der Arbeitslosenstatistik. Kollege Goldammer stellt den Antrag, den Rat der Stadt Leipzig um Förderung der Arbeitslosigkeit zu ersuchen. Der Antrag fand allseitige Zustimmung. Unter Gewerkschaftlichem wurden einige Verbandsangelegenheiten erledigt. Im Fortbildungsbereich A-West fand am 2. Februar bei starkbelichteter Versammlung der 8. Goethes Abend statt. Genosse Wittich sprach über Goethes Prosa-Dichtungen. Unter 2. Punkt wird ein am 6. März stattfindendes Konzert der Sängerabteilung des Vereins beschlossen, sowie die dazu nötige Festkommission gewählt. Genosse Krieger gibt noch zum Schluß bekannt, daß am Sonntag den 9. Februar im Bürgergarten der 4. Goethe-Abend abgehalten wird. Die Sängerabteilung des Vereins gab nach Schluß der Tagesordnung noch einige Bilder zum besten.